

DEUTSCHE POLIZEI

OKTOBER 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Unheimliche Allianzen

**Antiimperialisten, Palästinenser und Rechtsextreme
gegen Israel und die Juden**

Exklusive Künstler-Edition

Macht dem grauen Büroalltag ein Ende – mit diesem, von dem Wuppertaler Künstler Kumi exklusiv für die GdP gestalteten und signierten Kunstdruck! Das Poster zeigt in plakativen Farben und mit metallischen Effekten spannende Szenen aus dem Polizeialltag: an Land, zu Wasser und in der Luft.

Ein unverzichtbares Accessoire und ein tolles Geschenk!



Limitierte
Auflage mit
Signatur



Kunstdruck „GdP-Edition“

Künstlerisch gestaltetes Poster, veredelt mit partieller Silberfolie. Kunstdruckpapier 250 g/m². Format ca. 48 x 68 cm. Limitierte Auflage mit Signatur.

250189  7,95 € 9,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

DIGITALE AGENDA



Foto: Zielasko

Der GdP war bekannt geworden, dass die Polizei wohl nicht auf eines der vermeintlich gewinnträchtigen zusammenhängenden 30-Megahertz-Pakete des künftig verfügbaren Spektrum des 700-Megahertz-Bandes hoffen könne. Übrig bleibe faktisch das gesplittete und nach Expertenmeinung unbrauchbare Mittelspektrum. Der GdP zufolge hatten die Fachleute dieses als „Frequenz-Müllplatz“ bezeichnet.

Seite 14

BEGEGNUNGEN



Foto: Zielasko

„Generell könnte sich die Einschätzung, man könne in vielen gesellschaftlichen Bereichen Normen ohne Konsequenzen brechen, verbreitert haben. Und dann tun es natürlich auch mehr Menschen. Eine einheitliche und verbindliche Vorstellung von dem, was erlaubt oder nicht erlaubt ist, gibt es schon längst nicht mehr (...)“, sagt Dr. Manfred Murck, nun pensionierter Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz im DP-Interview.

Seite 28

- 2 **KOMMENTAR** Tarifeinheit versus Streikrecht?
- 2 **FORUM**
- 3 **BUNDESKONGRESS-TICKER ++** Der Countdown läuft
- 4 **TITEL/EXTREMISMUS** Unheimliche Allianzen
- 8 **INTERVIEW** „Diese Allianzen werden sich immer dann zusammenfinden, wenn es gegen Israel, Amerika oder Juden geht“
- 9 **HINTERGRUND** 35 Jahre Al-Quds-Tag
- 14 **DIGITALE AGENDA** Polizeilicher Datentransport landet auf „Frequenz-Müllplatz“
- 16 **EINSATZ** GdP-Bundesvorsitzender besucht Planungsstab zum G8-Gipfel
- 18 **BEREITSCHAFTSPOLIZEI** „Sie haben die Lage! Wir haben die Lösung!“
- 20 **BUNDESKONGRESS-TICKER ++** Rheinland-Pfälzer GdP wählt Ernst Scharbach erneut zu ihrem Vorsitzenden
- 20 **RECHT** Keine Reisekostenerstattung für Fahndungsfahrten der Autobahnpolizei
- 21 **REDAKTION** Arbeitsbesuch bei DEUTSCHE POLIZEI
- 22 **DEBATTE** Leben in Sicherheit
- 26 **INKLUSION** Schwerbehindertenvertretungen sind ein Gewinn für alle – Wählen gehen!
- 27 **BÜCHER** Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs
- 28 **BEGEGNUNGEN** „Die Aufbruchstimmung hat einen Dämpfer bekommen“
- 36 **JUNGE GRUPPE** Interview mit Kevin Komolka
- 38 **SENIOREN**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



Tarifeinheit versus Streikrecht?

Die Tarifautonomie ist eine wesentliche Grundlage der „Sozialen Marktwirtschaft“ und hat sich seit Bestehen der Bundesrepublik nachhaltig bewährt. Die Tarif- und Betriebspartner haben dies gerade in der Krise der letzten Jahre erneut unter Beweis gestellt. Dass die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie gesichert werden muss, darüber herrscht in Politik, Wirtschaft und bei den Tarifpartnern Einigkeit.

Uneinigkeit herrscht allerdings zurzeit darüber, ob die von der Regierungskoalition beabsichtigte gesetzliche Verankerung der Tarifeinheit zum Erhalt der Tarifautonomie beiträgt oder sie gefährdet. Während die einen den ausstehenden Entwurf schon dem Aktenvernichter

überantworten wollen, fordern die anderen eine schnelle Umsetzung. Verschärft wird die Diskussion durch die von der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) und der Pilotengewerkschaft Cockpit (VC) aktuell geführten Warnstreiks und deren Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft bei der Deutschen Bundesbahn beziehungsweise der Lufthansa. Vor vier Jahren hat das Bundesarbeitsgericht das Prinzip der Tarifeinheit, also „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ aufgegeben. Die Regierungskoalition will nun dem Wunsch der Wirtschaft nachkommen und noch bis Jahresende einen Gesetzesentwurf vorlegen, der sicherstellt, dass nur die Mehrheitsgewerkschaft in einem Betrieb für Tarifverträge zuständig ist. Der Einfluss kleinerer Gewerkschaften bei Piloten, Ärzten oder Lokführern soll verringert werden. Für uns DGB-Gewerkschaften hat der Grundsatz der Tarifeinheit einen hohen Stellenwert für die Gewährleistung einer solidarischen und

einheitlichen Interessensvertretung aller Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen, so haben wir es auf dem DGB-Bundeskongress im Mai beschlossen. Von allen Beschäftigungsgruppen im Betrieb und Verwaltung als Interessensvertretung anerkannt zu werden und für sie Tarifverträge abzuschließen, ist und bleibt politische Aufgabe der DGB-Gewerkschaften. Sie ist unser ureigenes Anliegen und ergibt sich aus unserem Selbstverständnis, den Zusammenschluss aller abhängig Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln zu erreichen. Mit Solidarität statt Konkurrenz wollen wir den Abschluss von einheitlichen Tarifverträgen für alle Branchen, Betriebe oder Verwaltungen durchsetzen.

Unsolidarische Splittergruppen machen Tarifpolitik zugunsten einer kleinen, privilegierten Minderheit Beschäftigter, die zulasten der Mehrheit der Beschäftigten geht. Tarifeinheit begrenzt die Konkurrenz, sichert die Durchsetzungsfähigkeit der Belegschaften und fördert die Akzeptanz der Tarifautonomie. Wir scheuen nicht die Konkurrenz der kleinen, eine fortschreitende tarifliche Zersplitterung wäre aber fatal, weil den Schwächeren die Solidarität der Stärkeren verweigert würde.

Grundsatz der Tarifpolitik muss deshalb die einheitliche Vertretung aller Beschäftigten in Betrieb und Dienststellen bleiben. Aber wir lehnen jegliche Eingriffe in bestehende Regelungen ab, die das Streikrecht oder die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie beeinträchtigen.

Deshalb bleibt es spannend und abzuwarten, wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen verfassungskonformen Spagat schaffen will zwischen Tarifeinheit einerseits und grundgesetzlich garantierter Koalitionsfreiheit andererseits.



Kerstin Philipp
Stellvertretende Bundesvorsitzende

Zu: „Ziviler Ungehorsam“,
DP 7/14

Es tut gut, zu lesen, dass Kollege Malchow auf dem DGB-Bundeskongress deutliche Worte seitens der GdP zu dem unseligen Antrag zum Thema „Ziviler Ungehorsam“ gefunden hat. Als Polizeibeamter – auch wenn ich Gewerkschaftsmitglied bin – kann ich mich absolut nicht solidarisch erklären mit irgendwelchen Personen, die meinen, ziviler Ungehorsam in Form von Blockaden, um nur ein Beispiel zu nennen, gehört zum Repertoire einer Kundgebung. Insofern lehne ich die Formulierung, dass diese Personen „solidarisch unterstützt“ werden, rundweg ab. Sollte ich mitbekommen, dass auch nur ein Cent meines Beitrages zum Beispiel für deren rechtliche Vertretung (als Unterstützung) ausgegeben wird, ist dies das Ende meiner Gewerkschaftszugehörigkeit.

Alles andere, als friedlich für oder gegen etwas zu demonstrieren, ist in meinen Augen abzulehnen. Solche Aktionsformen, speziell Blockaden, werden nur auf dem Rücken der Polizei ausgetragen. Dies ist mir aus eigener dienstlicher Erfahrung nur zu bekannt. Wenn solche Positionen in den anderen Gewerkschaften des DGB salonfähig sind und als „legitim“ angesehen werden, frage ich mich wirklich, ob man im DGB gut aufgehoben ist.

Roland Homberger, Bayern

Zu: Zum 90. Geburtstag von
Klaus Hübner, DP 8/14

Den Gedanken von Werner Thronicker stimme ich voll zu. Seine Würdigung der Persönlichkeit von Klaus Hübner ist umso beachtenswerter, weil sie von einem engagierten Kriminalisten kommt und einem Mann gilt, der weiß, wie Koppel und Tschako drücken können. Dabei sei daran erinnert, dass es nicht nur die laubbahnrechtlichen Aspekte sind, die Klaus Hübner in Bewegung gebracht und forciert hat: Wozu war er schließlich Gewerkschafter? Aber genauso wichtig sind doch seine berufsethischen Gedanken! Und: der (gesuchte!) Konflikt mit einem Herrn Kewenig (wer kennt den schon noch?) gereicht Klaus Hübner zur Ehre.



Schließlich: Die Berliner Polizei (und unser Beruf insgesamt) werden spätestens in 100 Jahren (ich hoffe, schon jetzt) wissen, was sie an diesem Polizeichef gehabt haben.

Klaus Wetzel, Berlin

Zu: Entgeltordnung, DP 9/14

Lieber Arbeitgeber, liebe Mitglieder der Tarifkommission(en), es ist Euch in vielen Jahren der Verhandlungen und Erarbeitung einer neuen Entgeltordnung (zuzüglich der Handlungsanweisung) endlich gelungen, ein Monsterwerk zu schaffen, das mehr verunsichert als das es klare Verhältnisse schafft. Kaum jemand versteht, wem nun was, unter welchen Umständen zusteht. Ich bin einmal auf die (falls es veröffentlicht wird) Statistik im nächsten Jahr gespannt, wie viele Höhergruppierungen es tatsächlich gab.

An den versprochenen 90 Prozent darf wohl stark gezweifelt werden.

Ein weiterer Punkt, der mir außerordentlich aufstößt, ist, dass mit keinem Wort die eigentlich wichtigsten Gründe für eine Höhergruppierung genannt werden. Denn abgesehen von einer entsprechenden Qualifikation ist doch vor allem entscheidend, dass man zuverlässige, einsatzwillige und aufmerksame Mitarbeiter hat. Und eben jene, die diese Qualitäten mitbringen und sich über Jahre bewähren, werden nicht berücksichtigt. Man kann nicht alles an einer Tätigkeitsdarstellung und an Fortbildungsmaßnahmen festmachen.

Das Ende vom Lied ist doch hinreichend bekannt. Motivationsverlust, Dienst nach Vorschrift und nicht die geringste Bereitschaft einmal mehr zu leisten wenn Not am Mann ist. Und ich kann dem Arbeitgeber versichern, dass es auch im öffentlichen Dienst eine ganze Reihe erstklassiger Mitar-

beiter gibt, die tagtäglich ihr Bestes geben. Insbesondere in den unteren Lohngruppen, wo eine Höherqualifizierung eher schwierig ist, sollte die alltägliche Leistungsbereitschaft deutlich mehr gewürdigt werden.

D. Hopp, Neustadt

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de

BUNDESKONGRESS-TICKER ++ BUNDESKONGRESS-TICKER ++ BUNDESKONGRESS-TICKER

Der Countdown läuft

Noch rund sechs Wochen dauert es, bis der 25. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei in Ber-

weblinks erreicht werden: <http://www.gdp-bundeskongress.de>. Auch hinter den Kulissen produziert der Bundeskongress unserer, im Vergleich zu anderen DGB-Gewerkschaften ja eher „kleinen“,

2010 ist die Wahl auf das Estrel-Hotel im Berliner Bezirk Neukölln gefallen. Dort werden etwa 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit beschäftigt sein, die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer zu umsorgen. Etwa 2.600 Übernachtungen werden in der Zeit des Kongresses anfallen und circa 2.100-mal Frühstück bereitet und ein Mittagessen serviert. Dazu kommen noch unzählige Tassen Kaffee und Mineralwasserflaschen, die während der Beratungen und Debatten geleert werden.

Auch der für die Delegierten unerlässliche Kongressordner ist ein echtes Schwergewicht. 420 Seiten zwischen den Aktendeckeln enthalten alles, was für die Teilnahme notwendig ist. Damit auch alle den Weg rechtzeitig in die Hauptstadt finden, wurden 680 Einladungen verschickt sowie zahlreiche Namensschilder und Stimmkarten erstellt.

mzo



lin offiziell eröffnet wird. DEUTSCHE POLIZEI hatte in den zurückliegenden Ausgaben immer wieder über den Fortgang der Vorarbeiten oder auch über politische Weichenstellungen in den GdP-Ländern und -Bezirken berichtet. So wird auch in diesem Heft über Neues rund um den von den Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle sogenannten BuKo berichtet. Eine Premiere bietet anlässlich des diesjährigen Gewerkschaftstages das Online-Angebot der GdP. Auf einer eigens eingerichteten Kongresshomepage sind weitgehend alle relevanten Informationen rund um den Delegiertentag zu finden. Die Internetseite ist bereits online und kann über folgende

GdP durchaus imposante Zahlen. DP hatte in der „Organisation“ nachgefragt: Gute 1.000 Tage ist die Abteilung „Orga“ bereits mit dem Bundeskongress 2014 beschäftigt. Begonnen hat übrigens alles mit der Wahl des Veranstaltungsortes. Wie schon



www.gdp-bundeskongress.de



Unheimliche Allianzen

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn



Seit Mitte Juli gehören sie zum bundesdeutschen Alltag: Demonstrationen gegen Israel, auf denen antisemitische und israelfeindliche Parolen gerufen sowie Transparente mit den Konterfeis verschiedener Diktatoren und Fahnen radikaler und terroristischer Organisationen gezeigt werden. Es wird der Name Adolf Hitlers skandiert, Israel mit dem NS-Regime verglichen und „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ oder „Heut‘ machen wir die Juden fertig“ gebrüllt. Was auf den ersten Blick nach einer zwar entsetzlichen, aber nicht ganz so ungewöhnlichen Demonstration aus dem neonazistischen Spektrum aussieht, ist allerdings etwas ganz anderes und stellt politische wie polizeiliche Akteure vor eine neue Herausforderung. Denn die Demonstrationen werden gemeinsam getragen von pro-palästinensischen Gruppen, Neonazis und von linksextremen Antiimperialisten, wobei letztgenanntes Spektrum bis hinein in die Partei „Die Linke“ reicht – unheimliche Allianzen.

Dies verwundert, weil sich alle drei Spektren oft zu bekämpfen scheinen. Die Rechtsextremisten lehnen Linke wegen ihrer antifaschistischen Orientierung ab. Sie verfolgen aus rassistischen Gründen Menschen, die sie für Ausländer halten, auch wenn diese wie im Fall der Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ deutsche Staatsangehörige sind. Aus weiten Teilen der linken Szene wird nicht nur der Rechtsextremismus abgelehnt, sondern wegen der Frauen- und Schwulenfeindlichkeit sowie fehlender Aufklärungs- und Individuationsprozesse auch oft Kritik am Islamismus geübt. Und Muslime ihrerseits kennen die Anfeindungen von neonazistischer Seite ebenfalls aus ihrem Alltag.

Was genau führt nun also zu diesen neuen, ungewöhnlichen und aufgrund ihrer Gewaltaffinität bedrohlichen Bündnissen?

Generalstabsmäßig geplant

Vordergründig entzündeten sich die Auseinandersetzungen am aktuellen Nahostkonflikt, insbesondere am Agieren Israels gegen die palästinensischen Terrorangriffe und seine militärische Intervention im Gaza-Streifen. Dass es sich hierbei jedoch nur um einen Anlass und keineswegs den Auslöser für die israelfeindlichen Demonstrationen handelt, sieht man an der generalstabsmäßig geplanten Demonstrationsstrategie. In fast allen Städten wurden die Demonstrationen von Personen angemeldet, die bis dato in der öffentlichen Auseinandersetzung um das Thema mehr oder weniger unbekannt waren,

die also als (möglicherweise teilweise auch instrumentalisierte) Strohmänner (oder, was auch geschehen ist, als Strohfrauen) fungierten. Nach allem, was man allerdings aus der sozialen Bewegungsforschung über die organisatorische Dynamik von Demonstrationen weiß, wären sie als unabhängige Einzelpersonen niemals in der Lage gewesen, Demonstrationsabläufe mit Teilnehmerzahlen im vierstelligen Bereich zu koordinieren, geschweige denn zu organisieren. Zugleich verliefen alle Demonstrationen nach einem weitgehend einheitlichen Muster. Parolen, Transparente und Slogans ähnelten sich stark, wie auch die eingesetzten fotografischen Elemente, auf denen vermeintliche Verbrechen Israels gezeigt wurden.

Mobilisierungsstrategien nicht neu

Während es im Kontext von rechts- oder linksextremen Demonstrationen in Deutschland ausgesprochen unüblich ist, Fotografien als Propagandaelement einzusetzen, sind diese für die besagten Demonstrationen ein zentrales Element. Das deutet darauf hin, dass die tatsächlichen Organisatoren nicht Deutsche sind, sondern palästinensische, arabische oder türkische Organisationen, möglicherweise auch Nachfolgegruppen verbotener Gruppierungen.

Denn das demonstrationspolitische Auftreten und die Mobilisierungsstrategien in sozialen Netzwerken erinnern an ein ähnliches Vorgehen, wie es mittlerweile verbotene Organisationen an den Tag gelegt hatten wie die Hizb ut-Tahrir, die auch schon den Schulterchluss mit der NPD gesucht hatte.

Auch die Häufigkeit von türkischen Fahnen bei den Demonstrationen stärken diese Vermutung. Ebenfalls sollte der Einfluss von Vorfeld- und Nebenorganisationen der Muslimbruderschaft nicht unterschätzt werden.

Bei vielen der Fotografien, die bei den Demonstrationen gezeigt oder zur Mobilisierung zur Teilnahme genutzt wurden, handelte es sich um Fälschungen, wenn angebliche IDF-Soldaten (Israel Defense Forces) in Hausschuhen gezeigt werden, angebliche Bedrohungssituationen von Palästinensern mit Schnee im Hintergrund abgelichtet sind oder wenn eine bekannte Aufnahme von durch die Hamas ermordeten jüdischen Kindern mit Textelementen versehen wird, die nun suggerieren, es handele sich um palästinensische Kinder.

Dies ist ein wichtiges Indiz dafür, dass die Politik Israels nur Anlass, aber nicht Auslöser ist – Anlass für drei politische Spektren, ihre antijüdischen Ressentiments unter einem Deckmantel artikulieren zu können, der in der Bundesrepublik gemäß Art. 5 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Art. 8 GG durch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gedeckt ist, was bei den tatsächlichen Motiven mit Blick auf die Paragraphen 86, 86a und 130 Strafgesetzbuch (StGB) durchaus fraglich wäre.

Gemeinsamer Hass verbindet

Grundlage der „Zusammenarbeit“ von Islamisten, Neonazis und Linksextremisten ist ihr gemeinsamer Hass auf Israel und ihr Antisemitismus. Für die Analyse wichtig zu begreifen ist jedoch, dass ein Großteil der linken Szene nicht an diesen Bündnissen teilhat, sondern es sich bei den sogenannten Antiimperialisten um ein sehr spezifisches Spektrum handelt. Hier ist zunächst zentral, dass es sich nicht einfach um israelkritische Demonstrationen handelt, sondern um antisemitische.

In der Antisemitismusforschung spricht man mit Blick auf die Unterscheidung zwischen Israelkritik und antizionistischem Antisemitismus von drei zentralen Differenzierungskriterien: Delegation, Dämonisierung, doppelte Standards – die sogenannten Drei-Ds. Trifft man sie an, dann handelt es sich um Antisemitismus. Dieser liegt demnach immer dann vor, wenn die Legitimation des Staates Israel in Frage gestellt wird. Unterstellt wird ein





Pro-palästinensische Aktivist*innen demonstrieren Ende Juli in Berlin gegen den Konflikt im Gazastreifen ... Foto: Hannibal/dpa

rasstisches oder ein auf rassistischen Prinzipien basierendes Agieren Israels.

Antisemitismus ist es auch, wenn Israels Politik mit doppelten Standards bewertet wird, etwa mit Blick auf israelische Militäraktionen und den palästinensischen Terrorismus. Und: wenn Stereotype verwendet werden, die Israel mit traditionellen Formen des Antisemitismus (etwa religiös-antijudaistischen oder rassistischen) identifizieren und die Politik Israels mit dem Nationalsozialismus vergleichen.

Alle drei Kriterien treffen vollumfänglich und mit zahlreichen Beispielen auf die besagten Demonstrationen zu. Mehr noch: neben den genannten finden sich auch zahlreiche, eingangs zitierte Elemente eines ganz offenen, rassistischen und pro-nazistischen Antisemitismus, der explizit judenfeindlich ist und auf der Phantasie einer jüdischen Weltverschwörung basiert.

„Jüdische Weltverschwörung“

Was verbindet also diejenigen, die gegen Israel auf die Straße gehen? Die weltanschauliche Verbindungslinie

der drei Spektren ist ein antiimperialistisches Weltbild, geprägt von einer antisemitischen Weltdeutung, die hinter allem und jedem eine „jüdische Weltverschwörung“ wittert.

Faktisch wendet man sich dabei natürlich nicht nur gegen Israel und Juden in aller Welt, sondern gegen alles, was von Antisemiten mit diesen verbunden wird. Sie wenden sich gegen die Aufklärung und den Liberalismus, gegen die Moderne und die Individualität, gegen die Freiheit und die Demokratie, kurzum gegen jede Weltanschauung, die dem Menschen individuelle Freiheit und subjektives Glück verspricht.

Dagegen stellen Neonazis, Antiimperialisten und Islamisten eine Vorstellung von homogenen Gemeinschaften, in der der Einzelne nichts, das Kollektiv aber alles zählt. Für alles, was in diesem antiimperialistischen Weltbild nicht so funktioniert, wie man es sich vorstellt, werden Amerika und Israel, mit einem Wort „die Juden“, verantwortlich gemacht. Denn es gehört zur Idee dieser jüdischen Weltverschwörung, dass auch die Vereinigten Staaten jüdisch kontrolliert seien.

Diese Unterstellung einer jüdischen Weltverschwörung ist insofern der verbindende Gedanke zwischen Neonazis, Antiimperialisten und islamistischen und arabischen Extremisten bei den

israelfeindlichen Demonstrationen.

Weltanschauungsbündnisse

Denn trotz der eingangs skizzierten Widersprüchlichkeiten in den politischen Spektren muss man konstatieren, dass es sich bei den Kooperationen nicht um Zweckbündnisse, sondern um Weltanschauungsbündnisse handelt, die auf der Basis eines gemeinsamen Nenners agieren: dem Antisemitismus und der Ideologie einer jüdischen Weltverschwörung. Entscheidend ist, dass sowohl das neonazistische wie das antiimperialistische und das islamistische Weltbild von der Idee einer jüdischen Weltverschwörung und damit des Antisemitismus strukturiert wird. Diese Wahnvorstellung, also die gesamte Realitätswahrnehmung, wird demnach überformt und überwölbt, sodass jedes politische und soziale Ereignis nach diesem Paradigma gedeutet wird.

Wichtig mit Blick auf die Auseinandersetzung mit dem Problem ist dabei, dass der Antiimperialismus im linken Spektrum eine Minderheitenposition darstellt. Auch im rechtsextremen Milieu gibt es Gruppen, deren fremdenfeindlicher Rassismus nun wiederum dazu führt, dass man Bündnisse mit Islamisten ablehnt. Insofern muss man



die gegenwärtige Demonstrationspolitik so verstehen, dass sie unter operationeller Federführung islamistischer Gruppierungen durchgeführt wird, die allerdings, wie dies bei zahlreichen pro-palästinensischen Spendensammelvereinen in der Vergangenheit auch schon der Fall war, nicht offen agieren, sondern lokale Akteure anderer politischer Spektren für ihre Interessen nutzen und dabei auf die volle Zustimmung weiterer Teile des rechtsextremen und kleiner Teile des linksextremen Spektrums zählen können. Diese präzise Differenzierung ist auch aus ermittlungsstrategischen Überlegungen relevant.

Bedrohungspotenzial und Gegenstrategien

Gefährlich ist das antisemitisch-anti-imperialistische Weltbild nicht nur, weil es offensichtlich wahnsinnig ist, sondern auch aufgrund seiner hohen Gewaltaffinität. Die Gewaltbereitschaft im Neonazismus ist zuletzt durch den NSU deutlich geworden, die des Islamismus seit den Terroranschlägen von „9/11“ auf die USA, aber auch den Londoner und Madrider Anschlägen in Europa bekannt. Auch die Gewaltbereitschaft im antiimperialistischen Milieu darf nicht unterschätzt werden. Es handelt sich hier um genau jene Szene, die bereits seit den 70er-Jahren die terroristischen Bewegungen in Deutschland und Europa unterstützt hat und deren Sympathien bis heute auf der Seite von terroristischen Organisationen oder diktatorischen Regimen wie dem in Syrien oder dem Iran liegen.

Die Gewaltaffinität, die im Denken bereits existiert, läuft also anlässlich jüngerer Demonstrationen fortwährend Gefahr, in Gewalttaten umzuschlagen, siehe etwa Nürnberg: In der fränkischen Metropole wurden Fast-food-Restaurants zweier bekannter US-Ketten gestürmt, weil diese angeblich Juden gehören würden. In Hannover wurde ein grüner Bundestagsabgeordneter mit einem Kung-Fu-Tritt tätlich angegriffen, weil er gegen die antisemitische Demonstration protestierte. Ebenso in Niedersachsen: In Göttingen kam es aus der pro-palästinensischen Demonstration zu Übergriffen mit schlagstockähnlichen Gegenständen. Im hessischen Gießen wurden Gegendemonstranten und Juden durch

Demonstrationsteilnehmer bedrängt, vor denen sich die Verfolgten nur durch ihre Flucht in Geschäfte mit anschließender Alarmierung der Polizei retten konnten. In Wuppertal wurde Ende Juli ein Brandanschlag auf die dortige Synagoge verübt.

Strafrecht verschärfen

Das Bedrohungspotenzial ist also offensichtlich enorm und bedarf differenzierter Gegenstrategien. Womöglich ist es eine Randnotiz, dass bisherige pädagogische Ansätze zur Arbeit mit gewaltaffinen, muslimischen Jugendlichen (gemeint sind im Wesentlichen junge Männer) versagt haben und grundlegende Revisionen anzumahnen sind.

Klar ist, dass es dringend einer Debatte über eine Strafrechtsverschärfung bedarf, die sich vor allem mit der Frage des islamischen Antisemitismus befassen sollte. Die bisherige StGB-Rechtsprechung fokussiert bislang vor allem auf Formen von Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung aus deutschem Kontext.

Aus polizeilicher Perspektive ergeben sich daraus mindestens zwei de-

monstrationsstrategische Fragen: davor die nach der intensiven Gefahrenanalyse des situativen Gefährdungspotenzials, was auch die extreme, antisemitisch motivierte Gewaltbereitschaft im Vorfeld und in Folge solcher Demonstrationen umfasst und zweitens, während der Demonstrationen, die nach dem Verhältnis von Deeskalation und Intervention.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, etwa mit Blick auf Deeskalationsstrategien in den 60er-Jahren bei Musikgroßveranstaltungen oder in den 80er-Jahren bei Großdemonstrationen im Umweltschutzmilieu, dass die „Lageberuhigung“ langfristig erfolgreich war. Da das aktive Gewaltpotenzial im vorliegenden Fall aber erschreckend hoch und offensichtlich auch aus kulturellen Kontexten motiviert ist, in denen die Hemmschwelle zur aktiven Gewaltausübung deutlich niedriger liegt als in Westeuropa, kann eine reine Deeskalationspolitik sich aber auch als gefährliche Sackgasse herausstellen. Nämlich dann, wenn sie die gewaltbereiten Spektren nicht eingrenzt, sondern sich diese durch polizeiliches Deeskalationsbemühen gerade umgekehrt zur Ausübung von Gewalt motiviert fühlen.



... und haben ein glasklares Feindbild.

Foto: Hannibal/dpa



„Diese Allianzen werden sich immer dann zusammenfinden, wenn es gegen Israel, Amerika oder Juden geht“



Zum Autor:

Prof. Dr. Samuel Salzborn ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen. Er hat mehrere Jahre als Lehrbeauftragter am Fachbereich Polizei der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung gelehrt. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen unter anderem die Bücher „Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“ (Nomos/UTB 2014), „Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie“ (Nomos 2014) und „Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen“ (Nomos/UTB 2012). Weitere Informationen unter:

<http://www.salzborn.de>



DP: Können Sie sich vorstellen, dass diese, wie Sie in Ihrem Artikel schreiben, unheimliche Allianz über den aktuellen militärischen Konflikt zwischen Israel und Palästina hinaus weiter bestehen bleiben könnte?

Prof. Salzborn: Die Wahrscheinlichkeit, dass sich aus diesen Allianzen wirklich stabile Bündnisse auf Dauer etablieren, halte ich für nicht sehr hoch – dafür sind dann die weltanschaulichen Differenzen und Widersprüche zwischen den Spektren in anderen Fragen zu groß. Aber diese Allianzen werden sich, immer dann, wenn es gegen Israel, Amerika oder Juden geht, wieder zusammenfinden und sich dabei langfristig auch weiter verfestigen. Die Frage, die man im Blick behalten sollte, ist: Was passiert jenseits solcher, wie man politikwissenschaftlich sagt, Gelegenheitsstrukturen wie Demonstrationen, wie verhalten sich die Organisationen oder auch Parteien der jeweiligen Spektren zur Frage einer Zusammenarbeit – denn, wenn es zu einer Verfestigung kommt, dann über die Organisationsstrukturen.

DP: Sind solche weltanschaulichen Allianzen auch für andere Konfliktfelder in der Welt denkbar oder sogar wahrscheinlich?

Prof. Salzborn: Wenn man bedenkt, dass der gegenwärtige Konflikt nicht der Auslöser, sondern nur der Anlass war, dann ist das möglich – im Prinzip bei jedem Thema, in dem antisemitische und antiamerikanische Ressentiments bedient werden und Verschwörungsfantasien eine Rolle spielen. Und da es nicht um die tatsächliche Wirklichkeit geht, kann so eine Deutung natürlich immer wieder aktiviert werden. Ein besonderes Augenmerk sollte man dabei auf die Rolle der Islamisten legen: Denn weder Neonazis, noch linksextreme Antimperialisten würden ernsthaft eine

dauerhafte Zusammenarbeit mit dem jeweils anderen Spektrum erwägen, dafür sind die subjektiv wahrgenommenen Differenzen zu groß. Aber beide kooperieren mit islamistischen Gruppierungen, sodass diesen gewissermaßen eine Scharnierfunktion zukommt.

DP: Sie sagen, dass die bewährte Deeskalationspolitik der Polizei mit Blick auf religiös kulturell motivierte Gewaltbereitschaft versagen könnte. Welche Schlussfolgerungen sollten die deutschen Sicherheitsbehörden daraus ziehen?

Prof. Salzborn: Aus der Praxis wissen alle Polizistinnen und Polizisten, dass man nur dort deeskalieren kann, wo das generelle Anliegen nicht die Gewaltausübung ist, sondern ein politisches oder gesellschaftliches Ziel. Deswegen ist die Deeskalationspolitik ja in aller Regel auch so erfolgreich: Weil es der überwältigenden Mehrheit von Menschen, die demonstrieren, nicht um Gewalt, sondern um ein politisches Anliegen geht. Man muss aber begreifen: Wir haben es hier mit einem Typ von Demonstration zu tun, bei denen – zumindest von einer erheblichen Anzahl der Demonstranten – die Gewaltausübung gegen tatsächliche oder vermeintliche Juden das zentrale Motiv ist, sonst nichts. Und hier würde ich auch mit der Schlussfolgerung ansetzen: Das Ziel der Sicherheitsbehörden muss mittelfristig sein, auch in diesen Teilen der Gesellschaft zu verdeutlichen, dass es keine Toleranz für Antisemitismus gibt. Praktisch heißt das, alle strafrechtlichen Mittel voll ausschöpfen und über eine Erweiterung der Strafgesetzgebung gegen Antisemitismus nachdenken.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



35 Jahre Al-Quds-Tag

Von Berndt Georg Thamm

Der Prophet, so heißt es weiter, war von einer mächtigen Felsplatte aufgestiegen, über die sein Nachfolger (Kalif) Abd el-Malik 688 bis 691 einen Dom mit goldener Kuppel, den Felsendom (arab. Qubbat as-sachra), errichten ließ. Jene Felsenplatte, auf die der Prophet auch wieder zurückgekehrt war, stellte im übertragene Sinn ein Fundament des Glaubens dar. Ein Platz, der Muslimen besonders heilig ist und von manchen Gläubigen mehr verehrt wird als die Kaaba in Mekka. Noch viel älter sind die jüdischen Überlieferungen, die sich an den Heiligen Felsen knüpfen. An eben diesem Ort sollte Abraham seinen Sohn Isaak opfern.

By the Rivers of Babylon

Vor rund 3.000 Jahren regierte David als König von Judah und Benjamin. Die Hauptstadt seines Reiches war Hebron im Stammgebiet Judah. Als er dann noch König der zehn Nordstämme wurde, wollte er mit einer neuen Hauptstadt das Zeichen setzen, dass er dort im Namen aller zwölf lokalen Stämme die Macht im noch jungen Königreich Israel ausübte. So suchte er nach einem Ort, der keinem der Stämme gehörte. Zu den von diesen bis dahin nicht eroberten Siedlungen gehörte eine Stadt der Jebusiter, einem Volk der Kanaaniter, die von diesen „Schalem“, so auch der Name ihres lokalen Schutzgottes, genannt wurde. Auf diese auch Jerusalem genannte Stadt fiel die Wahl Davids, der sie zur Hauptstadt Gesamtisraels machte. Hier erwarb er von den Jebusitern auch Grund und Boden, auf dem sein Nachfolger Salomon einen königlichen Palasttempel als Heimstätte für die Bundeslade errichten ließ, die David zuvor im vereinten Reich nach Jerusalem überführt hatte (Altes Testament: 2. Samuel Kapitel 6). Diesen Tempel zerstörten im August 586 v. Chr. die Truppen des babylonischen König Nebukadnezar, der das Königreich der Juden erobert hatte. Die Oberschicht des Volkes ließ er nach Babylon verschleppen. Im mesopotamischen Exil gedachte sie über ein

Al-Quds, „die Heilige“, so der arabische Name für Jerusalem. Aus muslimischer Sicht ist diese Stadt von Allah besonders gesegnet und vor anderen ausgezeichnet worden. Es heißt, dass der Prophet Muhammad zur Nachtzeit, nach einer Reise durch die Luft, von Medina aus Jerusalem besucht habe (Sure 17 – Die Nachtreise). Hier traf er alle Propheten, die schon vor ihm die Wahrheit verkündet hatten. Aber nur er durfte in den Himmel aufsteigen, wo er die Inspiration für die Wahrheiten der Heiligen Offenbarungsschrift (Koran) empfing. Nachdem er die Herrlichkeit erblickt hatte, kehrte er nach Jerusalem zurück, um die nächtliche Heimreise – wieder durch die Luft – anzutreten.

„2500. Jahr der iranischen Monarchie“ (seit Kyros) feierte. Gut zwanzig Jahre zuvor zählte das iranische Königreich zu den ersten Staaten, die nach der Gründung des Staates Israel 1948 den jüdischen Staat anerkannten.

Jerusalajim/Al-Quds – die heilige geteilte Unteilbare

Als am 14. Mai 1948 David Ben Gurion in Tel Aviv die Gründung des Staates Israel ausrief, betrug die Bevölkerung Palästinas 879.000, davon 120.000 Nichtjuden. Vom Proklamationstag bis zum 20. Juli 1949 führte Israel einen Unabhängigkeitskrieg gegen die arabischen Nachbarn, der insbesondere für die Palästinenser zur „Katastrophe“ (Nakba) wurde. Der Krieg riss Jerusalem (bis 1967) in zwei Teile – die jüdische Neustadt im Westen und den (trans)jordanischen Ost-



Berlin: Demonstration am islamischen Al-Quds-Tag.

Foto: Britta Pedersen/dpa

halbes Jahrhundert Zions. Das änderte sich, als der Perserkönig Kyros 538 v. Chr. Babylon eroberte. Ein Edikt von ihm gestattete den Juden die Rückkehr und den Wiederaufbau des Tempels. Nicht alle Juden kehrten heim. Für die, die blieben, wurde der persische Herrschaftsbereich zur Wahlheimat. Ihre Nachkommen lebten noch hier, als bei Persepolis der Schah (König) 1971 das

teil, der auch die Altstadt umfasste. Die palästinensische Bevölkerung Westjerusalems floh in den Ostteil und nach Jordanien. Israel erklärte 1950 das jüdische Westjerusalem zur Hauptstadt.

Nach einem zweiten Waffengang (Suezkrieg 1956) besiegte im Juni 1967 Israel in einem „Sechs-Tage-Krieg“ Ägypten, Jordanien und Syrien, besetzte danach den Gazastreifen und





Teheran: Iranische Demonstranten verbrennen am Al-Quds-Tag ein Poster des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu und die Nachbildung einer israelischen Flagge.

Foto: AP Photo/Ebrahim Noroozi/dpa

den Sinai, Ostjerusalem und das Westjordanland und im Norden die Golanhöhen. Folge dieses Krieges war insbesondere die Wiedervereinigung von Jerushalajim. 13 Jahre später wurde das vereinte Jerusalem per Gesetz zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels“ erklärt. Ein Desaster für die Palästinenser, für die „Al-Quds esh-Sharif“ (das verehrte heilige Jerusalem) – also Ostjerusalem – ohne Ausnahme als Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina gesehen wurde. Eine andere Hauptstadt war (und ist) für sie undenkbar.

Zwei Jahre nach dem Junikrieg, am 21. April 1969, brannte in Jerusalem die dem Felsendom benachbarte El-Aqsa-Moschee. Niemand in der islamischen Welt glaubte an die Unschuld der Israelis am Brand dieser im frühen 8. Jahrhundert errichteten besonders heiligen Stätte. Verschwörungstheorien verbreiteten sich, dass der jüdische Staat die Absicht hätte, die islamischen Heiligtümer von Al-Quds niederzubrennen, um an ihrer Stelle den zweiten Tempel, rund 2.000 Jahren nach dessen Zerstörung durch die Römer 68/69 n.Chr., wieder auf-

zubauen. Man befürchtete weitere Anschläge auf den Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee. Der Zorn auf Israel war groß.

Die Entrüstung in der islamischen Welt führte in der Folge zur Gründung der Organisation der Islamischen Konferenz 1969/71. Deren erste Kommunikés richteten sich gegen „die zionistische Aggression“. So unterschiedlich die Konferenzteilnehmer arabischer, subsaharischer und südostasiatischer Staaten waren, so einig waren sie sich in der Unterstützung des Kampfes der Palästinenser gegen Israel. Einig war man sich auf ersten Gipfelkonferenzen in der Forderung, dass Israel Jerusalem in islamische Hände zurückgeben müsste: „Über 1.300 Jahre haben die Muslime Al-Quds verantwortlich verwaltet und dafür gesorgt, dass die heiligen Plätze offen waren für alle, die dort beten wollten. Nur Muslime können aufrichtige Wächter von Al-Quds sein, denn ihre Religion schließt auch die Propheten der jüdischen und christlichen Religion mit ein“, so die Begründung. Um für die Rückgabe Jerusalems wer-

ben zu können, wurde ein Finanzfonds eingerichtet, der von allen Staaten der Konferenz gemeinsam aufgebracht werden musste – der Dihad-Fonds.

Islamische Revolution 1979 – Geburtsjahr des Al-Quds-Tages

In der Jerusalemfrage hatte sich das iranische Schah-Regime nicht gerade exponiert. Mit Israel wurde auf unterschiedlichsten Gebieten zusammengearbeitet, galt der Staat doch als Brückenkopf des Westens im Nahen- und Mittleren Osten. Mit der Führungsmacht des Westens, der USA, unterhielt der Iran noch engere Beziehungen. Diese „Verwestlichung“ klagte der schiitische Klerus an, dessen Kluft zur Monarchie immer größer geworden war. So war es denn ein Rechtsgelehrter, der Ayatollah Ruhollah Khomeini (1900-1989), der die Bevölkerung im Juni 1963 zum Widerstand gegen den Schah aufrief. Khomeini unterstellte Israel direkte Einmischungsversuche und stellte dabei auf die Zusammenarbeit der Zionisten mit Armee und Geheimdienst



HINTERGRUND

des Schahs ab. Nach der Niederschlagung der gewaltsamen Proteste im Iran wurde Khomeini festgesetzt und 1964 des Landes verwiesen. Hier schwelte jedoch der Protest weiter, brach auf breiter Front 1978 auf. Die Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Im Januar 1979 verließ der Schah das Land und starb ein Jahr später in Kairo.

Rekehrte nach 15 Jahren Exil (Türkei, Irak, Frankreich) am 1. Februar 1979 zurück. Die Revolution begriff er als Ausgangspunkt für eine globale Ausbreitung der islamischen Staatsidee, die beispielhaft im Iran verwirklicht werden sollte. Als Hauptfeinde der Revolution machte er die USA, Israel und die Sowjetunion als Führungsmacht des Kommunismus aus. Nach einer Volksabstimmung wurde nur acht Wochen nach seiner Rückkehr am 1. April die Islamische Republik als Theokratie, in der Gott der alleinige Herrscher ist, ausgerufen. Neun Monate später wurde nach einer weiteren Abstimmung die Verfassung angenommen, in der Khomeini auch als Oberster Rechtsgelehrter und Stellvertreter des 12. Imam auf Lebenszeit festgeschrieben wurde.

Am 7. August, dem letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan, proklamierte Khomeini den internationalen Al-Quds-Tag. Auf diesem sollten alle Muslime ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk bekunden und für „die Befreiung der Muslime unter dem zionistischen Regime“ demonstrieren. Zugleich sollte daran erinnert werden, dass Al-Quds, die sich „Israel widerrechtlich angeeignet“ hatte, für alle Muslime die drittheiligste Stadt nach Mekka (Muhammads Geburtsstadt) und Medina (hier lebte und herrschte der Prophet) war. Am 28. Oktober hielt Khomeini vor Theologiestudenten in Qum eine Rede über den Feind: „... Alle Probleme der Muslime kommen von Amerika. Die Amerikaner unterstützen und stärken den Zionismus derart, dass er in der Lage ist, unzählige unserer Brüder hinzumetzeln. Die USA sind der Feind des Islam ... Amerika ist der große Satan“. Wenig später erklärte er: „Es ist deshalb Sache der Schüler, Studenten und Theologiestudenten, mit all ihrer Kraft die Angriffe gegen

die USA und Israel zu verstärken, so dass sie die USA zwingen können, den abgesetzten und kriminellen Schah auszuliefern“.

In der Folge besetzten radikale Studenten am 4. November die Botschaft des „großen Satans“ in Teheran. Der Beginn einer mehr als einjährigen Geiselnahme. Am 11. Februar 1980, dem Jahrestag der Revolution, drohte Khomeini dem Partner des Satans: „Seit über 20 Jahren warne ich vor der israelischen Gefahr. Wir müssen uns alle erheben, den Staat Israel auflösen und das Volk Palästinas an seine Stelle setzen.“ Ein gutes halbes Jahr später erhob sich im September der Nachbarstaat Irak gegen den jungen Gottes-Staat in der Hoffnung auf einen schnellen und spektakulären Sieg. Khomeini rief daraufhin zum Heiligen Krieg (Djihad) und zur Islamischen Revolution gegen die gottlose Regierung Husseins in Bagdad auf. Sein Schlachtruf während des verlustreichen achtjährigen Krieges lautete: „Der Weg nach Al-Quds geht über Kerbala.“

Tag der Vernichtungsdrohungen gegen Israel

Als nach Khomeinis Proklamation der Al-Quds-Tag zum ersten Mal am 17. August 1979 im Lande begangen wurde, sollen allein in Teheran über 3,5 Millionen Menschen demonstriert haben. Der Al-Quds-Tag, in der Islamischen Republik Iran ein gesetzlicher Feiertag, wurde in weiteren Staaten in Nah/Mittelost (mit größeren schiitischen und/oder palästinensischen Bevölkerungsanteilen) quasi zum Selbstläufer. Aber auch in der westlichen Hemisphäre wurde und wird er begangen, so in den USA, Kanada, Großbritannien und Schweden. In Deutschland finden seit den 80er-Jahren Aktionen zum Al-Quds-Tag statt, bis 1995 vornehmlich in Bonn. Danach wurde Berlin zum zentralen öffentlichen Aufmarsch meist schiitischer Exil-Islamisten, die zur Unterstützung der Palästinenser bis 2002 ungestraft zur Vernichtung Israels aufrufen konnten. Bis dahin war dieser Tag meist ohne nennenswerte Beachtung in der Öffentlichkeit und der dort aggressiv demonstrierte Antisemitismus und die Vernichtungsdrohungen gegen Israel weitgehend ignoriert worden. >



COP® Specials September / Oktober 2014

*Gültig vom 20.08. - 31.10.2014

1 Hüfttaschenholster COP®MB6
 Art.-Nr. 2000065 (schwarz)
 Art.-Nr. 200006K (coyote)
 Farbe: schwarz, dunkles beige (coyote)
 Material: 100% Polyester
 Maße: 36 x 17 cm
 Für Rechts- und Linkshänder geeignet.
 Hüfttaschenholster mit eingearbeitetem Waffenholster. Eine kleine, abnehmbare Zubehörtasche.



Aktionspreis!
€19,90
 statt 35,99***

2 Under Armour® Tactical Tac Duty Glove Handschuh
 Art.-Nr. UA12426205-Größe
 Farbe: schwarz; Größen: S - XL
 Material: 100% Polyamid
 Leichter Handschuh mit atmungsaktivem Material auf dem Handrücken und zusätzlicher Polsterung über den Knöcheln.



Aktionspreis!
€29,90
 statt 49,99***

allseasongear FÜR DAS GANZE JAHR

3 Under Armour® Tactical Mirage Halbschuh
 Art.-Nr. UA1201539-Größe
 Farbe: schwarz
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
 Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 368 g
 Extrem leichter und luftiger Halbschuh mit "Joggingschuh-Eigenschaften".
 6 mm Carillage Gel-Dämpfung.



Aktionspreis!
€69,90
 statt 99,99***

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47,5	48,5

4 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Compression
 Art.-Nr. UA12160075-Größe (schwarz)
 Art.-Nr. UA12160070-Größe (oliv)
 Art.-Nr. UA12160078-Größe (beige)
 Art.-Nr. UA1216007W-Größe (weiß)



COMPRESSION
heatgear®
 FÜR HEISSE TAGE
 Hält kühl und trocken

Aktionspreis!
€29,90
 statt 39,99***

Farben: schwarz, olivgrün, beige, weiß
 Größen: S - 3XL; weiß nicht in 3XL
 Material: 82% Polyester, 18% Elasthan

5 Rucksack COP® 939
 Art.-Nr. 939 BAG-S
 Maße: 48 x 30 x 6 cm
 Farbe: schwarz; Volumen: 11 l
 Kleiner, taktischer Rucksack aus reiß- und abriebfesten Nylon und luftdurchlässigen Einlagen am Rücken und Schultergurten mit tollen Features.
 Klettflausch Innenfutter im hinteren Fach.



Aktionspreis!
€49,90
 statt 69,99***

11 Liter

6 SAFARILAND Takt. Holster 6304 ALS™/SLS
 Art.-Nr. 5L6304
 Oberschenkelholster aus STX-Laminat mit einer anatomisch, geformten Beinplatte. Mit SLS und ALS™ Sicherung inkl. Hoodguard.
 Für alle gängigen dt. Dienstwaffen sowie viele weitere Pistolen verfügbar.



Aktionspreis!
€199,90
 statt 289,99***

Farben: beige, olivgrün, foliage green, schwarz

PFLICHTANGABEN: 1) Waffe 2) Links- od. Rechtshänder 3) Farbe

7 Einsatz- u. Zugschutzhandschuh COP®DGF200
 Art.-Nr. 32F200-Größe
 Größen: XS - 3XL. Außenmaterial: 100% Rindsleder
 Innenmaterial: 100% Polyamid. Mit Innenfutter!
 EN 388



Aktionspreis!
€19,90
 statt 39,99***

Abriebfestigkeit: Kategorie 2
 Schnittfestigkeit: Kategorie 1
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 2
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an Rest-u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Früher unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers | ** Angebote | Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2014 | *** ehemaliger Verkaufspreis. Farben können drucktechnisch bedingt abweichen. Druckfehler und Preisrührer vorbehalten.



Berlin: Pro-Israel-Aktivisten demonstrieren gegen eine Veranstaltung anlässlich des Al-Quds-Tages in Berlin.

Foto: Hannibal/dpa

Am Al-Quds-Tag 2002 zogen in Berlin mehr als 1.200 Demonstranten über den Kurfürstendamm und skandierten „Kindermörder Israel“, „Tod Israel“, „Tod den USA“ und weitere Hassparolen. Ein palästinensischer Vater trug seine kleine Tochter, mit Dynamit-Attrappen und Stirmband als Selbstmordattentäterin bizarre verkleidet, auf den Schultern. Ein Bild, das um die Welt ging. Den Al-Quds-Tag 2003 meldete eine Privatperson an, möglicherweise ein Strohmann der libanesischen Hizbollah (Partei Gottes), deren Anhänger regelmäßig an dem Tag mitmarschierten. In Relation zu den Vorjahren regte sich erstmals Protest gegen den Al-Quds-Tag als jährliche Anti-Israel-Demonstration, die nun auch vom Innensenator mit Auflagen belegt wurde. Zum Al-Quds-Tag 2004 war die Stimmung durch den Tod des Palästinenserführers Yassir Arafat aufgeladen, war dieser kurz zuvor am 11. November verstorben. Die Polizei reagierte mit scharfen Personen- und Plakatkontrollen. Im zeitlichen Vorfeld des Al-Quds-Tages 2005 hatte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad am 26. Oktober in Teheran auf einer

Konferenz mit dem Titel „Die Welt ohne Zionismus“ vor Studenten eine Rede gehalten. Er forderte die „Tilgung Israels von der Landkarte“ und beschwor die Zerstörung des Staates durch palästinensische Anschläge: „Es gibt keinen Zweifel – die neue Anschlagwelle in Palästina wird das Stigma im Antlitz der islamischen Welt ausradieren. ... Jeder, der Israel anerkennt, wird im Zornesfeuer der islamischen Nation verbrennen.“ Eine Anerkennung des jüdischen Staates bedeute, dass man die Aufgabe und Niederlage der islamischen Welt hinnehme. Der Staatsführer Ahmadinedschad berief sich dabei auf den Revolutionsführer Ayatollah Khomeini. In jenem Jahr 2005 hatte sich Israel aus Gaza herausgezogen. Ein Jahr später übernahm dort die Hamas (von Israel, den USA und der EU als terroristische Vereinigung definiert) die Macht. Ihr erklärtes Ziel war und ist „ein islamisches Palästina vom Mittelmeer bis zum Jordan“. Ihren bewaffneten Kampf gegen Israel munitioniert über Jahre auch der Iran. Diversen Selbstmordanschlägen folgten Raketenbeschüsse, auf die Israel mit Waffengängen gegen Gaza (Operationen „Sommerregen“ und „Herbst-

stelte das American Jewish Committee (AJC) deshalb Strafanzeige, hieß es hier auf einer propalästinensischen Demonstration auch „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“. Yakov Hadas-Handeisman, seit 2012 Israels Botschafter in Deutschland, zeigte sich erschüttert ob dieser „hasserfüllter, Volks verhetzenden und antisemitischen Erscheinungen in aller Öffentlichkeit“ und machte dies auch als Redner auf einer Protestkundgebung gegen den antisemitischen Quds-Tag am 25. Juli deutlich. Die Al-Quds-Demonstration mit 1.200 Menschen blieb friedlich. Parolen wie „Kindermörder Israel“ und „Frauenmörder Israel“ wurden dennoch gerufen. Was sollte man auch erwarten von einem Aufzug, bei dem seit Jahr und Tag für ein „judenfreies Jerusalem“ demonstriert wurde und dessen Verbot bis heute für Innenpolitiker keine Option ist. Bemerkenswert vor dem Hintergrund, da schon vor über einem halben Jahrzehnt die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor der Knesset in Jerusalem am 18. März 2008 erklärt hatte, dass „Israels Sicherheit ein Teil der deutschen Staatsräson“ sei.

wolken“ 2006, „Warmer Winter“ 2007, „Gegossenes Blei“ 2008/09, „Wolkensäule“ 2012) reagiere.

Der Al-Quds-Tag 2014 fiel auf den 25. Juli. Gut zwei Wochen zuvor hatte Israels Operation „Zuk Eitan“ (Fester Felsen) gegen die Hamas in Gaza begonnen. Vor dem Hintergrund dieses jüngsten Krieges kam es noch vor dem Al-Quds-Tag in verschiedenen Städten zu Gaza-Solidaritätsdemonstrationen, auf denen sowohl anti-israelische als auch anti-jüdische Parolen skandiert wurden: „Schieß Juden, wir kriegen euch“, „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, „Nazimörder Israel“. In Berlin



MEHR GESUNDHEIT

Mit der Krankenversicherung, die uns bestens versorgt



Be Fit: Krankenvollversicherung für Polizisten

- Niedrige Beiträge für Anwärter
- Hohes Leistungsniveau
- Optimale Lösungen für die Zeit der Heilfürsorge

www.hansemerkur.de
Telefonhotline: 040 4119-4904

HanseMerkur 
Versicherungsgruppe

Mehr Qualität im Leben.

Polizeilicher Datentransport landet auf „Frequenz-Müllplatz“

Die Vorstellung der mit vielen Erwartungen verknüpften digitalen Agenda der Bundesregierung erinnerte an einen gewöhnlichen Tag in einer beliebten Sauna-Landschaft. Viele Menschen belegten die Journalistenbänke der Berliner Bundespressekonferenz, drei Minister wichtiger Ressorts sorgten für den Aufguss und dann waberte um alle herum ganz viel heiße Luft. Frischen Wind brachte wenig später eine Pressemeldung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die zumindest im Bundesinnenministerium offenbar für gehörigen Gesprächsbedarf sorgte.

Der GdP war bekannt geworden, dass die Polizei wohl nicht auf eines der vermeintlich gewinnträchtigen zusammenhängenden 30-Megahertz-Pakete des künftig verfügbaren Spektrum des 700-Mega-

hertz-Bandes hoffen könne. Übrig bleibe faktisch das gesplittete und nach Expertenmeinung unbrauchbare Mittelspektrum. Der GdP zufolge hatten die Fachleute dieses als „Frequenz-Müllplatz“ bezeichnet. Der Tageszeitung „Die Welt“ sagte der stellvertre-

tende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek, dass diese technischen Vorgaben nicht den Anforderungen der sogenannten BOS, die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, entsprechen. Große Datenmengen könnten sich so nicht problemlos übertragen lassen. Radek wörtlich: „Von den Kommunikationssystemen unserer Sicherheitsbehörden hängen im schlimmsten Fall Menschenleben ab.“

Auch international bewegten sich die BOS damit in Richtung Abstellgleis. Horst Müller, fachlicher Ansprechpartner für die polizeiliche Informationstechnologie im GdP-Bun-

desvorstand, ergänzte in dem gleichen Blatt, dass die vorgesehenen Frequenzen nicht den künftigen EU-Normen entsprechen. Damit könne man nicht einmal den Datenaustausch mit den europäischen Partnern bewerkstelligen.

Befürchtungen eingetreten

Unter dem Strich, so GdP-Vize Radek, müsse man nunmehr feststellen, dass die Befürchtungen der GdP im Zusammenhang mit der Versteigerung der durch die Modernisierung des DBV-T-Rundfunkstandards frei werdenden 700er-Frequenzen berechtigt waren. Bereits im Juni hatte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in einer Presseerklärung klar gemacht, wenn es nicht gelänge, zumindest einen Teil des Frequenzspektrums der Digitalen Dividende II für Breitband-BOS zu reservieren, wären Deutschlands Sicher-



(v.l.) Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und Infrastruktur („Die Digitalisierung endet nicht bei 50 Mbit in 2018“), Bundesinnenminister Thomas de Maizière („Wir wollen jetzt große Schritte tun.“) und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel („Wir stehen vor einer zentralen, wirtschaftlichen Herausforderung.“) bei der Vorstellung der digitalen Agenda der Bundesregierung.

Foto: Michael Zielasko



heitsbehörden in Europa isoliert, da insgesamt neun Anrainerstaaten das 700-Mhz-Band favorisieren. Malchow: „Wir waren schon bei der Einführung des Digitalfunks in Europa das Schlusslicht, jetzt darf nicht die nächste rote Laterne an uns weitergereicht werden.“ Das aber scheint der Fall, bliebe es bei den offenbar von Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt favorisierten Plänen. Radek: „Zwar ist die Forderung der GdP nach einer Breitbandfrequenz im 700-Megahertz-Band für den polizeilichen Datentransport dem Vernehmen nach erfüllt worden, jedoch entspricht der für die Sicherheitsbehörden vorgesehene Bereich bei weitem nicht den qualitativ notwendigen Anforderungen.“

Nötige Voraussetzungen schaffen

Schwer nachvollziehbar, so Radek und Müller, sei zudem, dass die in Berlin sitzende und mit viel Know-how ausgestattete Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), zu deren Aufgaben neben der Einführung des Digitalfunks auch das schnelle Internet für die Polizei gehören müsste, von der Projektumsetzung ferngehalten werde. Warum dies so sei, darüber könne man nur spekulieren. Tatsache sei jedoch, dass Innenminister de Maizière eine in seinem Haus arbeitende Projektgruppe damit betraut habe.

Die GdP forderte die Bundesregierung, insbesondere das zuständige Verkehrs- und Infrastrukturministerium, auf, angesichts zunehmender grenzüberschreitender Kriminalität, die von der Polizei dringend benötigten Voraussetzungen für einen schnellen, abhörsicheren und europaweiten digitalen Informationsaustausch zu schaffen. Radek: „Es wäre absurd, wenn die deutschen Sicherheitsbehörden Unsummen für den Erwerb und die Nutzung praxistauglicher Frequenzen an private Netzbetreiber zahlen müssten, die zudem die geforderte permanente Verfügbarkeit nicht garantieren können.“ Zudem stelle sich die Frage, ob ein solcher Schritt mit der hohen Messlatte des Datenschutzes vereinbar sei.

In der Pressekonferenz war dazu nicht viel zu hören. Auf die Frage

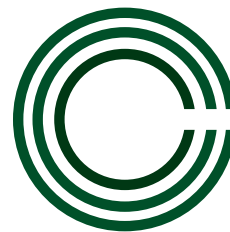
eines Journalisten zur BOS-Thematik äußerten sich de Maizière und Dobrindt äußerst vage – man sei in guten Gesprächen, das würde man schon zusammenbringen. Konkretes hatte das Minister-Trio, zu dem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gehörte, während der ganzen Veranstaltung nicht im Köcher.

Die Reaktionen in der Presse waren dann auch dementsprechend. So vernahm das IT-Fachportal „heise.de“ „leere Phrasen statt politischer Entscheidungen“. Die digitale Agenda, kommentierte die „Wirtschaftswoche“, trage die „Handschrift von drei Ministern, die sich gezwungen fühlen, das Thema zu ihrem zu machen“. „Und sie gebären eine Maus“, titelte die „Frankfurter Allgemeine“, es bleibe der Auftrag, herauszufinden, „wie das Projekt derart in den Sand gesetzt werden konnte“. Und die „Süddeutsche Zeitung“ sprach gar von einem „Windelweich-Papier“, das nichts anderes sei „als eine Ansammlung von Aufgaben – und zwar von solchen, die schon seit Jahren versäumt wurden und die die Regierung nun auch in geradezu herzerreißender Unverbindlichkeit aufgeschrieben hat“.

Besserer Schutz vor Cyberattacken

GdP-Vize Radek begrüßte letztlich, dass Innenminister de Maizière die sogenannte kritische Infrastruktur besser gegen Cyberattacken schützen will. Dazu sollen unter anderem die Betreiber von Energie- oder Telekommunikationsnetzen verpflichtet werden, innerhalb von zwei Jahren Mindeststandards zu entwickeln. Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, sagte er und stimmte mit de Maizières Plänen überein, dass jede Hackerattacke und Störung des Netzes unverzüglich den Sicherheitsbehörden gemeldet werden müsse. Nur folgerichtig sei dabei, dem Bundeskriminalamt mehr Stellen, Geld und Kompetenzen zu geben: „Die angekündigten, spürbar verbesserten Arbeitsbedingungen im Kampf gegen Cybercrime müssen nun auch in anderen Schwerpunktbereichen der Kriminalitätsbekämpfung Einzug halten, um den bereits technisch hochgerüsteten Straftätern endlich auf Augenhöhe entgegenzutreten zu können“, forderte Radek.

mzo



www.pmrexpo.de

- Fachmesse
- PMR-Konferenz
- Leitstellenkongress
- Fachforen

Gastland
2014:
Österreich

Eine Veranstaltung von:



Weitere Informationen senden wir Ihnen gerne zu.

Ihre Ansprechpartnerin: Simone Schnell
Telefon +49 (0)69 7104687-160
simone.schnell@ew-online.de



GdP-Bundesvorsitzender besucht Planungsstab zum G8-Gipfel

Tausende Einsatzkräfte aus ganz Deutschland werden am 4. und 5. Juni 2015 den Gipfel der wichtigsten Staats- und Regierungschefs der Welt in Bayern schützen. Ein Polizeieinsatz, der schon in den Tagen und Wochen vor der Anreise der Gipfelteilnehmer einen großen Kräfteinsatz fordern wird. Grund genug für die Gewerkschaft der Polizei (GdP), sich frühzeitig aus erster Hand über die Einsatzvorbereitungen vor Ort zu informieren.



und mit der notwendigen Infrastruktur versehen. Zunächst noch allein mit den ersten sechs Mitarbeitern wird Heimberger seit Anfang Juni von 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Verbänden der bayerischen Polizei bei den Einsatzplanungen unterstützt.

Schon früh im Planungsstadium wurde als eine der größten Herausforderungen die Infrastruktur vor Ort ausgemacht: Der Anfahrtsweg zum Hotel ist auf eine übersichtliche Zahl von Gästen ausgelegt und muss für die Anforderungen des Großereignisses ertüchtigt werden. Die alpine Natur mit viel Wald und unerschlossenem Gebiet macht den Einsatzraum für Planer und Einsatzkräfte ungewöhnlich.

(v.l.n.r.): Thomas Bentele, Landesredakteur; Jürgen Schneider, Finanzvorstand; Peter Schall, Stv. Landesvorsitzender; Alexander Baschek, Geschäftsführer Service GmbH; Oliver Malchow, Bundesvorsitzender; PR Peter Löffelmann, Planungsstab; KD Richard Kröger, Planungsstab; PP Robert Heimberger, Leiter Planungsstab; Michael Ertl, Vorsitzender BG Oberbayern Süd; POR Uwe Dreher, Planungsstab, Helmut Bahr, Landesvorsitzender.

Foto: Markus Wimmer

Der Transport der Staatsgäste erfordert genauso wie die Anforderungen an die Kräfteverlegung umfangreiche Überlegungen und Überplanungen. Ein Rettungswegekonzept ist zu erstellen und ein Verkehrskonzept für die Anwohner wie für Touristen und Geschäftstreibende. Bei all dem beschreitet der Planungsstab „neue Wege“ unter Berücksichtigung des Alten und Schützenswerten.

Naturschutz ist für die Planer eine Selbstverständlichkeit, gilt es doch, die Schönheit und Integrität der Alpenwelt zu erhalten, die letztlich den Ausschlag für die Entscheidung der Bundesregierung zugunsten des Schlosses Elmau im Raum Garmisch-Partenkirchen gegeben hatte. Auch die Bedürfnisse der Bewohner der Region behalten unsere Kolleginnen und Kollegen bei ihren Planungen im Blick. Der Tourismus und die re-

Auf Einladung des Polizeipräsidenten des Polizeipräsidentiums Oberbayern Süd, Robert Heimberger, Leiter des Planungsstabes G8-Gipfel und Polizeiführer des Einsatzes im kommenden Jahr, konnte sich die GdP mit dem Bundesvorsitzenden Oliver Malchow an der Spitze einen persönlichen Eindruck von den laufenden Planungen verschaffen. Daran teilgenommen haben auch der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr und weitere GdP-Funktionäre. Der

Polizeipräsident hob dabei den vorbildlichen persönlichen Einsatz der beteiligten Kolleginnen und Kollegen im Planungsstab hervor.

Heimberger gab einen Überblick über die Herangehensweise des in der Kürze der Zeit ins Leben gerufenen Planungsstabes: Eine geeignete Räumlichkeit und die Gewinnung von Kolleginnen und Kollegen waren die ersten Schritte. Binnen drei Monaten wurde ein polizeieigenes Gebäude in der Münchner Freiligrathstraße saniert



EINSATZ

gionale Wirtschaft werden schon jetzt mit Informationsveranstaltungen und persönlichen Gesprächen vorbereitet – auf die dann abweichend vom üblichen Ferienbetrieb in den Pfingstferien etwas anderen Besucherscharen. Mit Kirche und Traditionsverbänden werden intensive Gespräche geführt, um die zeitgleichen Fronleichnamprozessionen mit den Fahrzeugbewegungen des Gipfelverkehrs zu harmonisieren. Polizeipräsident Heimberger konnte dem GdP-Bundesvorsitzenden und seinen Kollegen versichern, dass auch der Austausch mit den örtlichen Kommunalpolitikern eng sei und ein konstruktives und vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Vertretern der Bürger und den beteiligten Behörden bestehe.

Der nötige Kräfteinsatz für diesen gewaltigen Polizeieinsatz ist noch nicht abschließend absehbar. Er wird sich vor allem daran orientieren, wie sich die Demonstrationssituation und die Mobilisierung der Gipfelkritiker darstellen.

Zudem werden 5.000 Journalisten erwartet. Im Pressezentrum Garmisch-Partenkirchen und zum Teil nah am Tagungsort werden die Medien mit allen Informationen versorgt, die sie für die Berichterstattung brauchen; während die Polizei dafür sorgen wird, dass sich diese Gruppen und Hunderte von Delegationsmitgliedern aus den teilnehmenden Staaten nicht ins Gehege kommen.

Die GdP-Vertreter wiesen angesichts der Größenordnung des Ein-

satzes insbesondere auf die herausragende Bedeutung der Versorgungseinrichtungen für die Kolleginnen und Kollegen hin. Malchow informierte darüber, dass die GdP sich vor Ort um die Zufriedenheit ihrer Mitglieder sowie aller Einsatzkräfte kümmern werde und auch wieder eine breit angelegte Einsatzbetreuung gewährleistet werde. Da dies den planenden Polizeibeamtinnen und -beamten bis hin zu Polizeiführer Heimberger selbst ein großes Anliegen ist, versprach man sich abschließend gegenseitig, gegebenenfalls auftretende Probleme und Unzufriedenheiten direkt auf dem kurzen Weg zu klären.

Markus Wimmer/red

Anzeige

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Dienstanwärter.

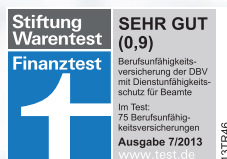
Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Optimale Sicherheit speziell für Vollzugsbeamte. Von Anfang an.

- ✓ Passgenaue Krankenversicherung zu Beihilfe und Heilfürsorge
- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.500 Euro
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



„Sie haben die Lage! Wir haben die Lösung!“

„Sie haben die Lage! Wir haben die Lösung!“ – Unter diesem Motto fand im Juni zum fünften Mal der „Tag der Bundesbereitschaftspolizei“ statt. Ausrichter der internationalen Vergleichsübung in diesem Jahr war die Bundespolizeiabteilung Duderstadt in Niedersachsen. Der Tag der Bundesbereitschaftspolizei wird in Form einer Vergleichsübung seit 2006 einmal jährlich organisiert. Wegen Hochwasser musste die 2013 im bayerischen Deggendorf geplante Veranstaltung leider ausfallen.



Nur optisch von oben herab: Friedrich Eichele, Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, bei der Begrüßung der Teilnehmer. Foto: ÖA Abt. Duderstadt

An der Vergleichsübung nimmt jeweils ein Team von 38 Kolleginnen und Kollegen jeder Bundesbereitschaftspolizeiabteilung teil. Internationale Abordnungen und die der Länderbereitschaftspolizeien beteiligen sich in immer stärkerem Umfang an diesem Wettkampf. Dieses Jahr begrüßte die Bundesbereitschaftspolizei Teilnehmer aus Polen, Tschechien und den Niederlanden sowie aus Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Niedersachsen – insgesamt waren es 21 Teams.

Die zehn Übungssituationen, die das gesamte Einsatzspektrum der Bereitschaftspolizei widerspiegeln sollen,

wurden durch die Bundespolizeiakademie und weiteren Unterstützungskräften gestellt. Lagen aus dem Bereich der Begleitung von Fanggruppen auf dem Weg von und zu Bundesligaspielen sind dabei ebenso zu bewältigen wie Aufgabenstellungen im Bereich der Schwerstkriminalität und Unglücksfälle mit einer hohen Anzahl Verletzter.

Auch die körperliche Leistungsfähigkeit muss unter Beweis gestellt werden. Die jeweiligen Einsatzlagen wurden realistisch dargestellt, die Fehler bei der Lagebewältigung später deutlich gemacht. So war es jedem

Team möglich, die eigenen Lösungen der Lage mit denen der anderen Teams zu vergleichen und die besten Aspekte in das eigene Lösungsschema einzuarbeiten.

Einmalige Trainingsmöglichkeiten

Durch den hohen Planungseinsatz gelang es dem Ausrichter, einmalige Trainingsmöglichkeiten zu schaffen. So verfügt die Abteilung Duderstadt nun über einen „eigenen Bahnsteig“ und den in der Bundesrepublik einzigen Doppelstockwagen der Bundesbahn für Übungszwecke. Auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt konnten sich von der Leistungsfähigkeit der Polizei-Teams überzeugen. Unmittelbar in der Nähe des Rathauses der im südlichen Harzvorland nahe der Landesgrenze zum Freistaat Thüringen gelegenen Gemeinde wurde eine spannende Übungssituation aufgebaut. So beobachteten zahlreiche Einwohner und Besucher Duderstadts, welche Taktik die Einsatz-Teams anwendeten, um ein imposantes Höhenhindernis zu überwinden.

Friedrich Eichele, Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fulda, wies in seiner Begrüßung der Gäste im historischen Rathaus Duderstadt auf die Größenordnung und die Einzigartigkeit des Tages der Bundesbereitschaftspolizei hin. Auch im Bereich der Spezialeinheiten der Polizei gebe es keine Vergleichsübungen in diesem Umfang.

GdP-Forderungen umgesetzt

Der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo), Bernhard Schmidt, der auf Einladung des Präsidenten der Direktion Bundesbereitschaftspolizei als Gast der Vergleichsübung beiwohnte, sagte im Anschluss: „Die Forderungen aus dem ‚Positionspapier Bereitschaftspolizei‘ und dem ‚Strategiepapier Einsatz‘ der GdP stoßen hier auf fruchtbaren Boden. Ständige Fortbildung und das notwendige Einsatztraining werden hier in hervorragender Weise umge-





Nahe an der Wirklichkeit: „Polizeibekannte“ Fußballfans werden von Einsatzkräften am Übungsbahnsteig empfangen.

setzt. Spezialeinheiten, und auch die Bereitschaftspolizeien sind Profis für spezielle Einsatzlagen, bedürfen eines umfangreichen Einsatztrainings, das auch mit den Einsatzformen gleicher Spezialisten abgeglichen werden muss, um den größtmöglichen Erfolg bei gleichzeitig größtem Schutz der Einsatzkräfte zu erreichen.“

Immer wieder (gerne)

Bei der abschließenden Übungsauswertung errang übrigens das Team der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalens aus Münster mit dem besten Ergebnis den Siegerlorbeer. Im Namen seiner Organisation dankte BFA-Bepo-Vorsitzender Schmidt dem

Duderstädter Ausrichter, Bundesbereitschaftspolizei-Chef Eichele und vor allem den vielen Einsatzkräften auch und gerade aus dem Bereich der Logistik, die diese Vergleichsübung erst möglich machten und zu diesem Erfolg führten. Schmidt: „Gerade die hohe Einsatzbelastung, der unsere Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind, erfahren durch diese Vergleichsübung, die Anwesenheit von Vertretern aus der Politik, Öffentlichkeit und die Führung der Bundespolizei eine Wertschätzung, die aus Sicht der GdP allzu oft fehlt.“ Der Tag der Bundesbereitschaftspolizei müsse in dieser Form als wichtige Trainingsergänzung zum BePo-Alltag erhalten bleiben, appellierte Schmidt, **bs**



Trainingsprogramm: Ein Randalierer wird fixiert.

Fotos: ÖA der Abteilung Duderstadt (Freigegeben durch das Referat ÖA der Direktion Bundesbereitschaftspolizei)

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Rheinland-Pfälzer GdP wählt Ernst Scharbach erneut zu ihrem Vorsitzenden

Einstimmig haben Mitte September die 138 Delegierten des 22. Landesdelegiertentages der GdP Rheinland-Pfalz im Tagungszentrum der Landespolizeischule/Fachhochschule der Polizei in Lautzenhausen ihr Vertrauen in den 59-jährigen Polizeidirektor Ernst Scharbach gesetzt. Scharbach amtiert seit dem Landesdelegiertentag 2002 und ist zugleich Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Sabrina Kunz, Margarethe Relet, Bernd Becker, Heinz-Werner Gabler und Helmut Knerr gewählt.

Für das Amt des Kassierers wurde Ingo Schütte, für das des stellvertretenden Kassierers Werner Hilmer bestimmt. Als Schriftführer des GdP-Landesvorstandes wurde



(v.l.n.r.): Dieter Engemann (stellv. Schriftführer), Heinz-Werner Gabler (stellv. Landesvorsitzender), Sabrina Kunz (stellv. Landesvorsitzende), Ernst Scharbach (Landesvorsitzender), Margarethe Relet (stellv. Landesvorsitzende), Ingo Schütte (Kassierer), Bernd Becker (stellv. Landesvorsitzender), Werner Hilmer (stellv. Kassierer), Roland Grenner (Schriftführer).
Foto: Peter Hahmann

Roland Grenner und als sein Stellvertreter Dieter Engemann gewählt.

Wegen ihrer jahrzehntelangen Verdienste innerhalb der GdP und für die Polizeibesetzten erhielten Josef Schumacher und Jürgen Moser von den Delegierten die Ehrenmitgliedschaft der rheinland-pfälzischen GdP.

Zahlreiche Gäste aus der Landespolitik

Gewürdigt wurde die erfolgreiche Arbeit der GdP Rheinland-Pfalz auch durch die Besuche landespolitischer Gäste. So sprachen die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz zu den Delegierten. In einer Podiumsdiskussion traten die CDU-Landeschefin Julia Klöckner, der Grünen-Fraktionsvorsitzende Daniel Köbler sowie und SPD-Fraktionschef Hendrik Hering auf. Die wichtigsten Themen des Delegiertentages waren die Verabschiedung des Programms „GdP. Wir gestalten Zukunft. POLIZEI 2026“ und die Forderung der GdP nach Polizeibeiräten aus Kommunen und Gesellschaft auf Ebene der Polizeiinspektion. **Becker/red**



Keine Reisekostenerstattung für Fahndungsfahrten der Autobahnpolizei

Beamte der Autobahnpolizei, die ihren Dienst hauptsächlich durch Fahndungsfahrten auf den Autobahnen und Bundesstraßen ihres Dienstbezirks ausüben, können für diese Fahrten kein Tagegeld nach dem hessischen Dienstreisekostenrecht beanspruchen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden.

Geklagt haben Polizeivollzugsbeamte, die einer Fahndungsgruppe der Autobahnpolizei angehören. Für Fahndungsfahrten, die eine Dauer von mehr als acht Stunden aufwiesen, beantragten sie die Gewährung von Tagegeld nach dem Hessischen Reisekostengesetz. Das Land lehnte die Anträge ab. Die Klagen hatten in erster und zweiter Instanz Erfolg.

Das Bundesverwaltungsgericht hat einer Pressemitteilung zufolge diese Entscheidungen abgeändert und die Klagen abgewiesen. Zwar haben Beamte bei Dienstreisen Anspruch auf Erstattung der dienstlich veranlassten notwendigen Reisekosten. Die Fahndungsfahrten der Kläger stellen jedoch keine Dienstreisen im reisekostenrechtlichen Sinne dar. Danach ist eine Dienstreise eine vom Dienstherrn genehmigte oder angeordnete Reise zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte.

Die von den Klägern durchgeführten Fahndungsfahrten sind keine Dienstreisen, weil nicht nur die Einsatzfähigkeit selbst, sondern auch die mit ihr untrennbar einhergehenden Fahrten wesentlicher und prägender Teil der dienstlichen Aufgaben der Fahndungsgruppe der Autobahnpolizei sind. Den mit dem Dienst verbundenen Erschwernissen wird regelmäßig im Rahmen der Alimention der Beam-

ten, etwa durch eine Stellenzulage wie die auch den Klägern gewährte „Polizeizulage“, nicht jedoch im Wege des Reisekostenrechts angemessen Rechnung getragen.

BVerwG 5 C 28.13 – Urteil vom 26. Juni 2014; Vorinstanzen: VGH Kassel 1 A 1472/12 – Urteil vom 26. Juni 2013, VG Kassel 1 K 1444/11. KS – Urteil vom 12. Juni 2012, BVerwG 5 C 29.13 – Urteil vom 26. Juni 2014; VGH Kassel 1 A 1470/12 – Urteil vom 26. Juni 2013, VG Kassel 1 K 1443/11. KS – Urteil vom 12. Juni 2014, BVerwG 5 C 30.13 – Urteil vom 26. Juni 2014; VGH Kassel 1 A 1469/12 – Urteil vom 26. Juni 2013, VG Kassel 1 K 1459/11. KS – Urteil vom 12. Juni 2012, BVerwG 5 C 31.13 – Urteil vom 26. Juni 2014; VGH Kassel 1 A 1471/12 – Urteil vom 26. Juni 2013, VG Kassel 1 K 1441/11. KS – Urteil vom 11. Juni 2012
PM/BVerwG



Arbeitsbesuch bei DEUTSCHE POLIZEI

Mitte August besuchten Katrin Tafere und Andreas Lieschke vom GdP-Bezirk Bundeskriminalamt (BKA) die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI (DP) in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Kollegin Tafere von der GdP-Kreisgruppe der sogenannten Stasi-Unterlagen-Behörde (BSTU) und Mitstreiter Andreas Lieschke von der Kreisgruppe Polizei Deutscher Bundestag erweitern seit dem Bezirksdelegiertentag Ende April das Redaktionsteam der GdP-BKA.

wir Gelegenheit, die neue DP-Ausgabe für September 2014 zu sehen, die gerade in der Redaktion fertiggestellt wurde. Auch hier war uns der Kollege Rembert Stolzenfeld behilflich, all unsere Frage zu beantworten und einiges in der Praxis zu zeigen.“

A.L./mzo

Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd) sowie Diplom-Designer und DP-Layouter Rembert Stolzenfeld erläuterten und beantworteten den beiden „Neuen“ grundsätzliche redaktionelle Fragen rund um die Erstellung des BKA-Bezirksjournals. Lieschke: „Als frische Redaktionsmitglieder war es für uns hilfreich, dass uns die Kollegen vor Ort den Werdegang von der Erstellung der Manuskripte bis zur Druckfreigabe dargestellt haben. Wir erfuhren, welche Anforderungen die Druckerei an die Texte und Bilder stellt und was aus datenschutzrechtlicher Sicht zu beachten ist. Auch urheberrechtliche Fragen wurden erörtert.“ Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow nahm sich Zeit für eine Stippvisite, beantwortete Fragen der BKA-Redakteure und gab Anregungen für die Themenauswahl.

Lieschke: „Als Höhepunkt hatten



Einmal DP im Schnelldurchgang: (v.l.) Die neuen BKA-Bezirksredakteure Katrin Tafere und Andreas Lieschke im Gespräch mit Wolfgang Schönwald, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und DP-Layouter Rembert Stolzenfeld.

Foto: Michael Zielasko

GESPRÄCHE

Zu einem Meinungsaustausch trafen im Juli der Inspekteur der nordrhein-westfälischen Polizei, Dieter Wehe, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle zusammen. Erörtert wurde insbesondere das Thema Polizeiliche Auslandseinsätze. Wehe ist seit mittlerweile zwölf Jahren Vorsitzender der seit 1994 bestehenden Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen. Im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden zog er eine äußerst positive Bilanz der bisherigen Einsätze deutscher Polizeibeamter im Ausland. Es sei ein hoher Standard erreicht worden, einen umfassenden Änderungsbedarf erkenne er nicht. Nach seiner Auffassung sei es indes notwendig, die strategische Ausrichtung der Auslandsmissionen weiterzuentwickeln sowie das Gesamtkonzept stärker mit Forschung und Lehre zu vernetzen.

Text & Foto: mzo



Leben in Sicherheit

Von Jörg Radek

Die Menschen haben ein Grundbedürfnis auf Sicherheit. Der Staat ist verpflichtet, diesem zu entsprechen und die öffentliche Sicherheit sowie den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Daher ist es verfassungsrechtlich geboten, dass der Staat durch die Polizei die eigene Fähigkeit und Bereitschaft zum Schutz und zur Durchsetzung der Rechtsordnung nicht nur aufrechterhält, sondern deutlich sichtbar macht. Die polizeilichen Organisationen stellen die innere Sicherheit her, die das gesellschaftliche Leben garantiert. Es ist ein Ausdruck von Lebensqualität, die politische, soziale, wirtschaftliche und umweltorientierte Aspekte und Faktoren ebenso berücksichtigt wie persönliche Sicherheit und Gesundheit, Bildungs- oder Verkehrsangebote. Vieles wurde in den vergangenen Jahren abgebaut. All die Verwaltungsreformen, die auch die Polizei ergriffen hatten, haben offensichtlich ihre Sparziele nicht erreicht. Die Aufgaben vermehrten sich, während bewährte Strukturen zerschlagen wurden und Personal reduziert wurde. Politik gab Versprechen ab, die der Staat nicht halten konnte.

Mit dem Personalabbau einher ging öfter eine Schließung von Dienststellen. Bürgernähe musste dabei auf der Strecke bleiben. Das Zusammenleben der Menschen und die Gewährleistung des Gemeinwesens vertragen keine fortgesetzte Demontage polizeilicher Strukturen. Die Menschen erwarten innerhalb zumutbarer und angemessener Zeit polizeiliche Reaktionen, beispielsweise nach Wohnungseinbrüchen. Dafür ist es allerdings erforderlich, dass die Präsenz rund um die Uhr und aus der Nähe erfolgt. Wird diese Maxime aufgegeben, erleben die Menschen Polizei nicht mehr als Hilfe, sondern womöglich als Ärgernis.

Polizei ist dann nur noch bei Veranstaltungslagen, Fußballspielen, Demonstrationen oder Großeinsätzen, erkennbar. Droht etwa, dass die innere Sicherheit als fundamentale Aufgabe des Staates durch die sogenannte Schuldenbremse endgültig „ausgebremst“ wird? Die Folgen wären fatal: die staatliche Ordnung würde zum Nachteil der hier lebenden Menschen nachhaltig und vor allem einseitig verändert.

Eine im vergangenen November veröffentlichte Studie im Auftrag des Landeskriminalamtes Niedersachsen kommt schon zu mahnenden Befunden. Die Bürger vertrauten demnach der Polizei grundsätzlich als rechtsstaatliche Institution, allerdings gaben 16,8 Prozent an, es bringe eher nichts, sich an die Polizei zu wenden, weil ihrer Ansicht nach die Straftaten sowieso nicht hätten aufgeklärt werden

können. Es drängt sich die Frage auf, ob diese Haltung erste Wege ebnet zu den bereits oft in der Öffentlichkeit zitierten rechtsfreien Räumen.

Blick durch Kostenbrille verzerrt

Seit den 90er-Jahren fehlte jeder politischen Führung im Politikfeld Innere Sicherheit die Fähigkeit, längere Zeithorizonte zu planen. Fehlende programmatische Führung wurde durch betriebswirtschaftliche Steuerung ersetzt. Es war der Versuch, den Vorgaben der Haushälter Rechnung zu

„... alle vier Tage ein Beamter Opfer eines versuchten Totschlags – das waren 2013 insgesamt 82 Kolleginnen und Kollegen.“

tragen. Doch diese Rechnung ging und geht bis heute und zwar in zweifacher Hinsicht nicht auf: Der Personalabbau trifft nämlich nun auf die Ruhestandsdaten und das Netz der inneren Sicherheit weist zwangsläufig Lücken auf. Auf diese Entwicklungen beim Personalbestand gab es keine Reaktionen. Die Politik der „schwarzen Null“ kann ja auf die innere Sicherheit nur durch die Kostenbrille schauen. Dies ergibt jedoch eine verzerrte Perspektive und ist zudem kurzsichtig. Daher sind die

Länder und der Bund unmittelbar aufgefordert, die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit wieder zu verstärken.

Deutschland kann zwar auf ein Niveau an Sicherheit verweisen, das im Vergleich vieler anderer Länder in der Welt Anerkennung findet. Für ihre Bürgerinnen und Bürger sind das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage jedoch wichtige Aspekte ihrer Lebensqualität. Verunsichert, gar Furcht, gebärt nicht nur das spektakuläre Verbrechen, sondern vielmehr das tägliche Erleben von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung. Bestimmte Viertel in manchen Kommunen werden daher gemieden, zu bestimmten Zeiten traut man sich nicht mehr allein auf die Straße, bestimmte Verkehrsmittel oder Bahnhöfe werden nicht mehr genutzt. Das Vertrauen in den Staat – der nach Bürger-Maßstab vermeintlich nicht ausreichend schützen kann (oder auch nicht will?) – nimmt ab, die Staats- und Politikverdrossenheit steigt. Negative Wirkung zeigt dies zugleich auf den örtlichen Handel und die lokale Wirtschaft. Die Menschen wollen in einer sicheren Stadt einkaufen und leben. Wo das nicht gewährleistet wird, haben auch die örtlichen Kaufleute das Nachsehen.

Sicherheit im Beruf

Das staatliche Gewaltmonopol, aber auch die schlichte Daseinsvorsorge für die Sicherheit der Menschen im Land, wird teils durch den Einsatz des Lebens unserer Kolleginnen und

Kollegen gewährleistet. Besorgniserregende Entwicklungen im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sprechen dabei eine eindeutige Sprache: 59.044 Polizeivollzugsbeamte wurden 2013 Opfer von Straftaten – das sind rund 162 Kolleginnen und Kollegen pro Tag. 3.393 Beamte wurden Opfer einer gefährlichen und schweren Körperverletzung – das sind rund neun Kolleginnen und Kollegen pro Tag. Statistisch gesehen wird alle vier Tage





Für mich die Einzige

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel den B-Tarif für Bankleistungen. Außerdem betreiben wir eine konsequente Mitglieder-Mehrwert-Politik®. Als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst 1921 gegründet, verfolgen wir bis heute erfolgreich nur ein Ziel: Nutzen stiften für die Gemeinschaft unserer Mitglieder und Kunden. Mit **Direktbank** und wachsendem **Filialnetz** sind wir bundesweit für Sie da.

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

ein Beamter Opfer eines versuchten Totschlags – das waren 2013 insgesamt 82 Kolleginnen und Kollegen.

Diese persönliche Hingabe erfordert eine generelle größer Achtsamkeit und Wertschätzung für den Beruf der Polizistin und des Polizisten.

Diese Menschen, die sich für ihr gesamtes Berufsleben an einem Arbeitgeber binden, haben ihre Lebensplanung auf Zusagen zur Altersvorsorge oder Arbeitszeit aufgebaut. Es ist Ausdruck von „ehrlich gemeinter“ Fürsorge, entsprechende Arbeitsbedingungen bis zum beruflichen Ausscheiden möglich zu machen. Die Kernschmelze der gegenseitigen Treueverabredung fand ihren bisherigen Höhepunkt in der kompensationslosen Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ergo: Weniger Menschen müssen mehr Aufgaben in gleicher Zeit erledigen. Besonders ärgerlich dabei ist die gängige Praxis, lebensältere Beschäftigte, die in Ruhestand oder in Rente entlassen werden, nicht mehr zu ersetzen.

Fakt ist: Der Altersdurchschnitt ist gestiegen, Arbeit wurde und wird verdichtet. Die Krux ist: Die Arbeitsbedingungen in der Polizei führen offenbar stärker als in anderen Branchen zu einem höheren Risiko arbeitsbedingter Erkrankungen. Polizeibeschäftigte sind durch die Art ihrer Arbeit, die Arbeitszeiten und durch ihre konfliktbesetzte Tätigkeit einem ungeheuren Druck ausgesetzt. Mängel und Defizite in der Ausstattung oder in den Arbeits-



DP-Autor Jörg Radek

Foto: Zielasko

ablaufen werden aber immer mehr durch eine (ungesunde?) individuelle Leistungsbereitschaft ausgeglichen. Und: Durch fortgesetzte Strukturveränderungen geht der soziale Zusammenhalt, der einen eigenen und hohen Wert für das Organisationsziel der Behörden hat, immer mehr verloren.

Den Polizeibeschäftigten zuwenden

In der Vergangenheit bestand ein Spannungsverhältnis im Rahmen der Fürsorge darin, einen Ausgleich zwischen der Belastung des Einzelnen und den Interessen des Dienstherrn her-

zustellen. Gemeint ist, einen permanenten Ausgleich zu den Vorgaben an einen reibungslosen, ungestörten Arbeitsablauf in der Behörde durch eine Arbeitsorganisation mit erträglichem Arbeitstempo zu schaffen. Aber: Das Arbeitsverhalten wurde marktorientiert bewertet, teils privatisiert. Die polizeiliche Maßnahme mutierte zu Zahlen, Daten und Fakten. Doch: Kann ein solch übertriebener Wirtschaftlichkeitsansatz die Zuwendung zu den Menschen ausgleichen?

Forderungen nach größtmöglicher Arbeitssicherheit und hohem Arbeitsschutz sind – gewerkschaftliche – Selbstverständlichkeiten, ebenso Lebensphasen orientierte Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Pflege, Beruf, Prävention und Rehabilitation.

Auch die Gesundheit braucht fortwährende Aufmerksamkeit. Neben dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit gehört ebenso die Sorge um die Seele dazu. Diesen Schutz zu organisieren, erfordert Empathie und nachhaltige Wirksamkeit einzelner Maßnahmen. Es beginnt mit der Anerkennung täglich erbrachter Leistungen.

„Ja, wir brauchen in der Polizei Leidenschaft und Engagement für die Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Mit ihnen steht und fällt der Erfolg der gesamten Organisation.“

Die Flexibilität in der Arbeitswelt wird indes auch in der Polizei verlangt. Warum auch nicht? Doch wollen wir nicht, dass die Arbeit in der Polizei krank macht. Für die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols, deren Arbeit rund um die Uhr im Schicht und Wechseldienst organisiert ist, ergeben sich daraus unweigerlich permanent hohe Belastungen. Defizite im Auffangen derer werden schon seit Langem beschrieben. Eine Abhilfe ist jedoch immer noch nicht in Sicht. Im Lebensalltag der Menschen ist bei Krankheit auch nicht der Arzt das Problem – er stellt nur die Diagnose.

Reise & Erholung

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
 Canyoning & Raftingtour
 1x grillen am Lagerfeuer und
 2 ÜF / Pension, DU-WC
 Preis pro Person ab € 161
 Ermäßigungen f. Polizeigruppen
 office@rafting-oetztal.at
 www.rafting-oetztal.at
 Telefon: 0043 5252 6721

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
 Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05
 www.mauritius-traumvilla.de

THAILAND www.royalsiamgolf.de
 (Ermäßigungen für Polizei u. a.)

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
 ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
Ferienchalet Heidehof
 Zollkollege bietet komf. FeWos für 2–6 Pers.
 in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih,
 Dreiländereck, D/PLU/CZ, Fam. Zein,
 Tel.: 03 58 44/7 27 23.
 www.heidehof-jonsdorf.de

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
 Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
 HP 5 Tage ab 155,- €, Gruppenangebote an-
 fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-
 urlaub.de

Fehmarn/Ostsee
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
 am Südstrand,
 50 m z. Promenade, Kabel-TV
 Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
 www.fehmarn4family.de

www.PolizeiDeinPartner.de



Nebenwirkungen

Fremdbestimmte Belastungen wie die immer öfter auftretende Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten gehören einfach zum Beruf. Geprüft werden muss aber stets, ob genügend Ausgleichmaßnahmen in der Nachbereitung und die ausführliche Aufarbeitung von Einsätzen erfolgen.

Doch die Beschäftigten in der Polizei empfinden auch in der allgemeinen Arbeitsorganisation Tätigkeiten, die sie nur schwer mit dem Organisationsziel der Polizei in Verbindung bringen können, als belastend. Da sich die Beschäftigten in der Polizei überaus stark über ihren Beruf definieren und sich mit ihm identifizieren, verwundert die anschwellende Klage über den Anstieg an bürokratischer Tätigkeit nicht wirklich. Heute hat jedoch eine ausgeprägte „Modernisierungsbürokratie“ den Platz der althergebrachten

eingenommen. Besser wurde dadurch nichts.

Unter dem Eindruck, aber auch als Folge des demografische Wandels auf die Personalgewinnung bei der Polizei, findet sich in der Fortschreibung des „Programms für Innere Sicherheit 2008/2009“ die Selbstverpflichtung, der alternden Polizei durch eine Neuausrichtung der Gesundheitsfürsorge Rechnung zu tragen – auch als ein Argument in der Nachwuchsgewinnung. Es fehlt nicht an Programmatik, Gesundheitsförderungsberichten oder Vereinbarungen. Sie allein schützen oder heilen allerdings nicht.

Mitarbeiter brauchen einen Schutzschirm – und Antworten

Voraussetzung ist ein Konsens über die Belastungen. Damit beginnt die Fürsorge. Arbeit darf Gesundheit und Lebensqualität nicht dauerhaft be-

einträchtigen. Wie wäre es mit: „Wir suchen das, was gesund macht und stärken es“? Um aus Krankheit heraus wieder gesund zu werden und zu bleiben, brauchen Beschäftigte einen dichten Schutzschirm, der sich jedoch nur entfalten kann, wenn der Gegenwind des Schielens auf Fehlzeiten und ihre Reduzierung dies nicht verhindert. Die Formel dafür muss lauten: Das Wohlbefinden fördern und die Widerstandskraft stärken.

Wichtig ist, dass die Maßnahmen systematisch und zielgerichtet eingesetzt und vor allem von den Beschäftigten akzeptiert werden. Gesundheit darf nicht als Sonderthema mit spitzen Fingern angefasst werden.

Die Menschen in der Polizei brauchen Antworten auf ihre unterschiedlichen „sozialen Fragen“. Wir haben einen Anspruch auf eine ausgewogene Balance von Beruf und Privatleben. Der Polizeiberuf ist ein Lebensberuf. Die GdP der ständige Begleiter.

Anzeige

LEISTUNG und QUALITÄT ZUM RICHTIGEN PREIS

Wenn Sie am Tatort eintreffen, denken Sie nicht an den Ingenieur hinter Ihrer Taschenlampe. An den, der sich der ständigen Weiterentwicklung von Beleuchtungstechnik verschrieben hat, dessen praktische Erfahrung zu dem industrie-spezifischen Design und der Funktionalität des Produkts beiträgt, und dessen Einfallsreichtum es uns erlaubt, Ihnen ein Premium-Produkt zum BESTEN PREIS-LEISTUNGS-VERHÄLTNIS anzubieten.

Sie müssen überhaupt nicht über Ihre Taschenlampe nachdenken. Weil es eine STREAMLIGHT ist.

Vertrieben von **Hofmann** helmuthofmann.de

STREAMLIGHT

001.610.631.0600 CONNECT WITH US WWW.STREAMLIGHT.COM

STINGER LED HL®
640 LUMEN AUF HOCH
4 STUNDEN BETRIEBSDAUER
AUF NIEDRIG
WIEDERAUFLADBAR

STRION LED HL®
HL
500 LUMEN
WIEDERAUFLADBAR

SCORPION HL®
HL
600 LUMEN
SPEZIELL ENTWICKELTER
GUMMIGRIFF

TLR-1 HL®
HL
630 LUMEN

C4 LED



Schwerbehindertenvertretungen sind ein Gewinn für alle – Wählen gehen!

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer bescheinigt der Schwerbehindertenvertretung (SBV) besonderes Fachwissen und Expertise. „Sie ist für uns Arbeitgeber wichtig und als Ansprechpartner geschätzt“, betonte er in „ZB Zeitschrift Behinderung & Beruf“. Entscheidend für einen erfolgreichen Umgang mit dem Thema Schwerbehinderung im Unternehmen ist demnach eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein konstruktives Miteinander, von der letztlich alle im Betrieb profitieren: Arbeitgeber, schwerbehinderte Mitarbeiter und Mitarbeiter ohne Behinderung. Die neuen Schwerbehindertenvertretungen werden vom 1. Oktober bis 30. November bundesweit in Betrieben und Dienststellen mit mindestens fünf schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten gewählt.

Wie wichtig die Arbeit der SBV in Zukunft ist, bestätigt auch die Bundesregierung durch ihren Koalitionsvertrag. Sie beabsichtigt noch in dieser Legislaturperiode, die Rechte der Schwerbehindertenvertretung zu stärken und die lang überfällige Reform des SGB IX in Angriff zu nehmen.

Die Schwerbehindertenvertretungen erfahren eine starke Unterstützung durch Politik, Arbeitgeber und Berufsvertretungen.

Erstmals wurden durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit quer durch alle Medien die Anfang Oktober beginnenden Wahlen der Schwerbehinder-

tenvertretungen vorbereitet. Hilfe vor Ort erhalten Kolleginnen und Kollegen von den ehrenamtlichen Vertrauenspersonen der Schwerbehindertenvertretungen als erste Anlaufstelle in den Dienststellen, wenn die Gesundheit Probleme bereitet. Häufig sind sie in ein solches Amt durch eigene Erfahrungen oder eigene Betroffenheit gelangt. Bereitschaft und Motivation sich einzubringen sind häufig mit dem Ziel verbunden, andere sollen es einmal einfacher haben und deshalb mehr über die bürokratischen Hürden von Antragsverfahren oder Hilfeleistungen erfahren.

Alle profitieren

Von einer starken SBV profitieren alle, sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte – gerade in Zeiten alternder

Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!
vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48
Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

 **Caritas international**
www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Diakonie 
Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie 
Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseler



Belegschaften, zunehmendem Stress, Arbeitsverdichtung und Stellenabbau. Vertrauenspersonen für Menschen mit Behinderung machen sich stark für alters- und gesundheitsgerechte Arbeit, gleichberechtigte Teilhabepolitik und Präventionsmaßnahmen.

Ein gemeinsames Ziel von Arbeitgebern, Schwerbehindertenvertretung und Personalrat muss es sein, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) voranzutreiben. Gerade die barrierefreie Gestaltung von Arbeitsplätzen ist eine wichtige Voraussetzung für die Inklusion von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben.

Mit ständig neuen Anforderungen und den zunehmenden Gesundheitsrisiken müssen sich alle Beschäftigten und Interessenvertretungen vor allem in der Polizei auseinandersetzen. Schwerbehindertenvertretungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vorsorge, zum Schutz und zur Teilhabe im Arbeitsleben. Das heißt: Sie machen sich in der Dienststelle dafür stark, dass alle Menschen gleichberechtigt miteinander arbeiten können, ihnen die gleichen Chancen und Mög-



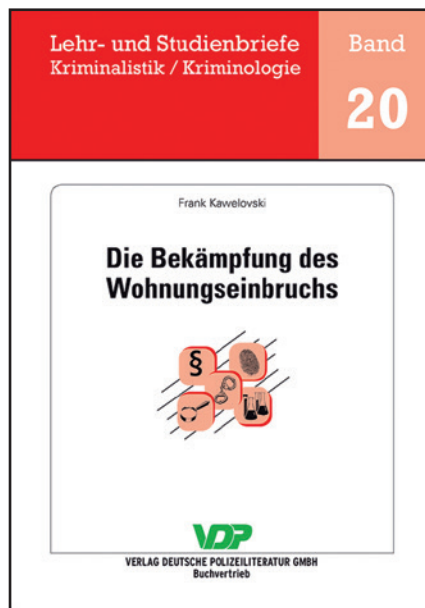
lichkeiten offen stehen und niemand ausgegrenzt wird.

Die Teilhabe am Arbeitsleben spielt beim Inklusionsgedanken eine maßgebliche Rolle. Das Recht auf Zugang zum Arbeitsleben ist mittlerweile ein in der UN-BRK verbrieftes Menschenrecht. Ohne Arbeit – keine Inklusion. Daher ist der dauerhafte Erhalt der Dienst- oder Arbeitsfähigkeit gerade auch in dem risikobehafteten Tätigkeitsbereich der Polizei oberster Grundsatz – Rehabilitation und Integration vor Versorgung.

Um dies vorzubringen, brauchen wir eine starke Schwerbehindertenvertretung.

Also geht wählen – stärkt die Schwerbehindertenvertretung – lasst euch wählen – unterstützt die Schwerbehindertenvertretung. **Petra Müller**

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs



kritische Betrachtung der polizeilichen Arbeit zu verstehen und hat die Intention, das wirklich Wirksame der Einbruchsbekämpfung herauszufiltern.

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik Kriminologie, Nr. 20: Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs, Frank Kawelovski, VDP, 1. Auflage 2014, 144 Seiten, Format 17x24 cm, Broschur, 12,90 Euro, 23,30 sFr. im Abonnement, 14,90 Euro, 26,70 sFr. im Einzelbezug, E-Book (ePub/mobipocket): 12,99 Euro, ISBN 978-34011-0720-4

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 verzeichnet 144.117 erfasste Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl. Das ist ein bundesweiter Anstieg dieses Delikts um 40 Prozent seit 2006. In dem Buch will der Autor Möglichkeiten aufzeigen, um die Arbeit der Polizei im Kampf gegen Einbrecher zu verbessern. Dabei beschränkt er sich nicht auf eine kataloghafte Darstellung aller erdenklichen kriminaltaktischen und -technischen Maßnahmen. Vielmehr wird ein kritische Blick darauf geworfen, was sich in der Vergangenheit bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs als wirksam und weniger wirksam gezeigt hat.

Als effektiv und verurteilungssicher haben sich etwa Festnahmen erwiesen, die von der Intensität der operativen Arbeit auf der Straße abhängen. Aber auch die Zuordnung von Beute sowie eine forcierte Öffentlichkeitsfahndung bergen hohe Chancen für die Überführung und Verurteilung von Einbrechern.

Das Buch beschränkt sich aber nicht nur auf die Nennung wirksamer Polizeimaßnahmen, sondern gibt auch Einblicke in die nationale und internationale Einbruchsforschung. Damit ist dieses Werk auch als konstruktiv-

Anzeige

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis: BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



„Die Aufbruchstimmung hat einen Dämpfer bekommen“

Dr. Manfred Murck im Interview mit DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek

Hamburgs Innensenator Michael Neumann nannte ihn einen weitsichtigen Analytiker der Sicherheitsarchitektur in Deutschland und Vordenker im Prozess der Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Aufklärungsarbeit nach der NSU-Mordserie. Dr. Manfred Murck (65) war seit Mai 2011 Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg und seit Anfang 2013 Vorsitzender des Arbeitskreises IV -Verfassungsschutz- der Innenministerkonferenz, zuvor seit 1997 Abteilungsleiter Staatsschutz und zugleich stellvertretender Leiter des LfV. Von 1987 bis 1997 leitete Murck, der auch Wegbegleiter und Berater der Gewerkschaft der Polizei (GdP) war, den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Polizei-Führungsakademie in Münster-Hiltrup (heute: Deutsche Hochschule der Polizei). Hamburgs Innensenator verabschiedete ihn am 23. Juni in den Ruhestand.

Aus der Brille des Gesellschafts- und Sozialwissenschaftlers – zur damaligen Zeit ein Novum – warf Murck bereits in den 70er-Jahren einen

Blick auf die innere Sicherheit, auf die Polizei, ihre Organisation, ihre Aufgaben und Befugnisse. In seiner Dissertation beschäftigte er sich

mit der Frage, wie die Bürger den Bereich der öffentlichen Sicherheit sehen und stellte zum Beispiel fest, dass den normalen Menschen die innere Sicherheit und damit eben auch die Polizei viel wichtiger ist, als das in der Politik wahrgenommen wurde.

DP: War das der Anfang des Weges zur bürgernahen Polizei?

Dr. Murck: Jedenfalls war das für mich persönlich und das von mir insbesondere in Hiltrup vertretene Bild von der Rolle der Polizei grundlegend. Es ging mir nicht nur um die staatstheoretische Begründung der Polizei, also im Kern um das Gewaltmonopol, sondern ich habe eine empirisch begründete Vorstellung von dem, was die Bürger wirklich wollen, in das Zentrum der Sicher-

Anzeige

SCHULUNGEN für Polizeibehörden

Manipulationsprävention ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung von Geldspielgeräten. Trotz der sichersten Gerätetechnik, die die Produkte aus dem Hause Gauselmann bieten, gibt es immer wieder Versuche von Kriminellen, die Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Was früher mit grober Gewalt zu tun hatte, wird heute in einer gut organisierten Manipulationsszene mit Hightechgeräten ausgeübt. Mit der Professionalisierung der Täter ist auch der polizeiliche Bedarf nach Informationen stetig gestiegen, da dieses Gebiet für die ermittelnden Beamten oftmals Neuland ist und Tatwerkzeuge häufig nicht als solche erkannt werden. Als Ansprechpartner für Behörden und zur Vermittlung von Fachwissen bezüglich Manipulationen steht bei der Gauselmann Gruppe Rüdiger Schink als Unternehmensbeauftragter zur Verfügung.

Durch seine mehr als 25-jährige Erfahrung kennt er die Technik der Geräte und ist seit sechs Jahren auf Manipulationsprävention spezialisiert.

Im Rahmen von polizeilichen Fortbildungen zum Thema Glücksspielkriminalität hat er sein Wissen bereits mehrfach an Polizeibeamte vermittelt. Darüber hinaus unterstützt er die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten, etwa durch die Mithilfe bei Razzien, oder bei der Erstellung von Gutachten. Zudem tritt er als Sachverständiger vor Gericht auf. Um das Wissen rund um Geldspielmanipulation weiter zu vermitteln, bietet die Gauselmann Gruppe Behörden kostenlose Seminare an. Für Termine ist Rüdiger Schink unter der Nummer 05741 273-264, per Fax 05741 273-8925 oder per Mail: rschink@gauselmann.de zu erreichen.



GAUSELMANN
Die SPIELMACHER

Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · www.gauselmann.de



heitspolitik gestellt. Also die Fragen: Welche Bedeutung hat der Staat für die Bürger, welche Funktionen und Leistungen sind ihnen wichtig. Welche spezifische Bedeutung hat dabei die öffentliche Sicherheit? Wie beeinflusst sie die Lebensqualität? Welche Prioritäten sollte die Polizei setzen? Und wie sollte sie sich gegenüber dem Bürger konkret verhalten? Wo sucht man die Polizei als Helfer in der Not – und wo empfindet man sie vielleicht auch als Ärgernis oder sogar Bedrohung?

DP: Gab es damals Platz für solche Fragen in der Polizei?

Dr. Murck: Ja. Der gesellschaftliche Wandel führte auch bei Innenpolitikern und Polizei zur Suche nach neuen Orientierungen und Handlungskonzepten. Als die Hamburger Innenbehörde 1984 eine Stelle für einen Sozialwissenschaftler ausschrieb, der sich um Probleme der Jugendkriminalität und andere Fragen des polizeilichen Umfelds kümmern sollte, wechselte ich von der Universität in die Verwaltung. Nach dem sogenannten Hamburger Kessel 1986 bekam das Thema „Dialogfähigkeit der Polizei“ zusätzliche Bedeutung, danach wurden weitere Sozialwissenschaftler eingestellt. Nach drei Jahren als wissenschaftlicher Angestellter in der Polizeiabteilung in Hamburg kam 1987 der Wechsel nach Hiltrup. Das war für mich eine tolle Möglichkeit, mein wissenschaftliches und gesellschaftspolitisches Denken mit meinem pragmatischen Interesse an der Gestaltung der konkreten Arbeit der Polizei zu verbinden. Dabei ging es nicht nur um operatives Handeln, sondern auch um Fragen der Organisation, des Personals und der Führung. Ich habe den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften geleitet, da gab es zu allen anderen Fachbereichen breite Schnittstellen. Verkehrslehre, Einsatzlehre, Kriminalistik, Führungslehre und Technik. Ich habe zum Beispiel ein Forschungsprojekt dazu initiiert und durchgeführt, wie die polizeiliche Schutzausrüstung in der Wahrnehmung der Bürger wirkt. Insgesamt gab es fallweise auch etwas Skepsis, aber unterm Strich gab es viel Interesse der Polizeiführung an gesellschaftswissenschaftlichen Themen und Erkenntnissen, viele Ratsanwärter wollten sich und die Polizei weiterentwickeln. In den



Dr. Manfred Murck im Gespräch mit GdP-Chef Oliver Malchow kurz vor seinem Interview in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Foto: Michael Zielasko

80er- und 90er-Jahren war in der Polizei eine Art Aufbruchsstimmung unverkennbar. Die hat nach meinem Eindruck danach wohl eher einen Dämpfer bekommen. Aber in den letzten gut fünfzehn Jahren erlebe ich die Polizei ja nur noch aus der Halbdistanz und vor allem in Hamburg und muss mit einem generellen Urteil zurückhaltend sein.

DP: Wenn man sich Umstrukturierungs- und Reformprojekte heute anschaut, dann geht es eigentlich nur noch um betriebswirtschaftliche Effizienz, Personalplanung, Personalreduzierung.

Dr. Murck: Neue Steuerungsmodelle und Budgetierung waren auch schon Themen Anfang und Mitte der 90er-Jahre. Es gab auch Behörden, die als Modellbehörden zur Verfügung standen. Man musste bei diesen Themen also auch früher schon aufpassen, dass der Staat sich nicht mit einem Unternehmen verwechselt. Andererseits ist es ja sinnvoll, wenn man es auch über neue Controllingverfahren schaffen kann, öffentliche Leistungen günstiger anzubieten. Hohe Motivation, effiziente Abläufe und gute Technik sind und bleiben aber wohl wichtiger als betriebswirtschaftliche Als-Ob-Anstrengungen.

DP: Aus welchen Gründen ist die Aufbruchsstimmung versiegt?

Dr. Murck: Der allgemeine sozial-kulturelle Wandel in Richtung mehr Selbstbestimmung und Beteiligung der Menschen erforderte damals entsprechende Anpassungen des gesamten staatlichen Handelns, die Polizei war zudem stark in gesellschaftliche Konfliktfelder involviert. Wyhl, Wackersorf, Brokdorf, Startbahn West, Zuwanderung und das Verhältnis zu Bürgern ausländischer Herkunft. Als fremdenfeindliche Ausbrüche und Anschläge in Serie gingen, Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen, waren das Schlüsselerlebnisse und Herausforderungen auch für die Polizei.

Viele Probleme sind auch jetzt noch angelegt, aber insgesamt sind die Auseinandersetzungen teils weniger vehement, Gorleben ist vielleicht ein Beispiel dafür, teils hat sich die Polizei anders eingestellt. In Hamburg haben wir im letzten Dezember allerdings sehr deutlich gesehen, dass es nach wie vor autonome und antiimperialistische Szenen gibt, die viel kaputt machen wollen und können und insbesondere die Polizei angreifen. Die Polizei war früher bundesweit stärker gezwungen, sich mit Ursachen und Formen gewaltvoller Konflikte zu befassen, vielleicht sollte sie heute manchmal auf die damaligen Erkenntnisse zurückgreifen oder aktuellere Erkenntnisse



Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS



Das erfolgreiche Fachmagazin
POLIZEIPRAXIS
 jetzt auch online erleben!

Informieren Sie sich über die neuesten Entwicklungen zu Einsatzmitteln für die Polizei unter

www.POLIZEIPRAXIS.de

und melden Sie sich für den Newsletter an!

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.10. - 31.10.2014 erfolgen, verlosen wir zwei

**Primaloft® Jacken
 Peak Storm**

von Windhook, einer Marke der LHD Group



Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Im Einsatz – im Thema. Kontakt Impressum Newsletter

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT

CAK-Seminare mit besonderer Relevanz für die Polizei
 IuK-Strategien und -Technologien neue Technologien und strategische Entwicklungen im IuK-Bereich und ihre Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen auf bestehende IuK-Strukturen - Die... [\[mehr lesen\]](#)

Neues robustes Tablet von Getac
 Das neue 8.1" große T800 ist ein voll robustes Windows 8 Tablet, dass mit neuestem Quad-Core Intel N3530 2,16 GHz Prozessor ausgestattet ist. Außerdem unterstützt das... [\[mehr lesen\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Ihre @ E-Mail-Adresse

Um unseren Newsletter zu abonnieren, geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse ein und klicken auf absenden

NEUE ARTIKEL

Die Helm-Maskenkombination HMK
 Einsatztechnik für die Zukunft von Profis für Profis [\[mehr lesen\]](#)

MEIST GELESENE ARTIKEL

gewinnen. Stuttgart 21 wäre ein Anwendungsfall.

DP: Oder war man schlicht und ergreifend der Meinung: Unser Ziel, eine zivile bürgernahe Polizei zu schaffen, haben wir ja nun erreicht und jetzt ist erst mal gut.

Dr. Murck: Ja, sicher hat sich vieles positiv verändert, die Polizei ist nach außen und auch nach innen offener geworden. Auch was den finanziellen Status beziehungsweise die Besoldungsstruktur betrifft, steht die Polizei sicher jetzt besser da als vor 30 Jahren. Nach wie vor ist die zweiseitige Laufbahn aber nicht bundesweit umgesetzt und das aktuelle Tauziehen um die Ausstattung der DHPol zeigt, dass die Integration der polizeilichen Führungsausbildung ins allgemeine akademische System noch nicht selbstverständlich ist. Es gibt einen gewissen Sättigungseffekt, aber sowohl beim Status und bei der Ausstattung als auch beim Berufsbild ist auch für die GdP noch gut zu tun.

Ich selbst war gelegentlich etwas irritiert, dass Führungskräfte, die ich als Mittdreißiger in Hilstrup kennengelernt habe und die wirklich Lust hatten, etwas zu ändern, in den Jahren danach viel von diesem Impetus verloren haben. Vermutlich muss man das aber eher dem politischen Umfeld und der Organisation anlasten.

DP: Oder hat man seine Ideale zurückgenommen, weil man gesehen hat, die Realität verlangt anderes von der Polizei, als den Diskurs mit der Gesellschaft, nämlich stärker den Träger des Gewaltmonopols?

Dr. Murck: Es bleibt eine Frage des Selbstbildes und der besonnenen Berufsausübung. Es war ja schon immer so, dass die spezifische Aufgabenstellung der Polizei im Kern über das staatliche Gewaltmonopol, konkret also über ihre Zwangsbefugnisse definiert ist. Dem kann man ja nicht einfach entfliehen und sich die Polizei in einer heilen Welt ohne gewaltsame Konflikte, sei es im Alltag oder bei politischen Auseinandersetzungen, träumen. Selbstverständlich kann und muss sich die Polizei gegen konkrete gewaltsame Angriffe moralisch und strafrechtlich wehren können, aber es muss ihr bewusst sein, dass Gewalt ein grundsätzlich mit dem Beruf vermachtes Risiko ist. Somit ist die eigentliche Frage für

die Organisation und die einzelnen Beamtinnen und Beamten, wie man mit diesem Risiko umgeht, wie man es möglichst reduziert und wie man es ertragen kann. Will man als Organisation oder Mensch verbiestern und verhärten, sich in Larmoyanz und Repressionsforderungen üben, oder will man intelligente Einsatztaktiken entwickeln, Eskalationsgefahren begrenzen und menschlich offen bleiben? Ich weiß, diese Erwartungen sind aus der Distanz leichter formuliert als im Alltag zu beherzi-

in welchen Situationen die Polizei eher hart oder eher zurückhaltend agieren sollte, gibt es ziemlich unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und politischen Lagern. In der Politik wird diese Frage oft, zumeist im Nachgang zu bestimmten Einsätzen, polarisiert.

Die Polizei ist meines Erachtens nicht gut beraten, wenn sie sich dann nur an ihren eher Law-and-Order-orientierten Freundeskreisen in der Bevölkerung orientiert. Die mögen



Brutale Szenen im bayerischen Wackersdorf: Vermummte Demonstranten griffen Ende Mai 1986 an einer Zufahrtstraße eine Polizeikontrolle an, warfen diesen Mannschaftswagen um und setzten ihn in Brand.
Foto: picture-alliance/dpa

gen, aber dem Gewaltdilemma des Polizeiberufs ist anders kaum konstruktiv zu begegnen. Auf die Ausgangsfrage bezogen: Meines Erachtens verlangt die Realität heute von der Polizei keine stärkere Betonung des Gewaltmonopols als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Es ist also eher eine Frage des Selbstverständnisses.

DP: Oder verlangt die Bevölkerung etwas ganz anderes?

Dr. Murck: Die Polizei hatte und hat bei der Bevölkerung einen großen Vertrauensrückhalt, ein gutes Standing. Aber in der Frage, ob und

zwar oft in der Mehrheit sein – auch das muss man respektieren – aber im konkreten Einsatzgeschehen und in der politisch-medialen und auch juristischen Nachbereitung gelten dann oft andere Maßstäbe. Es macht sich für eine kluge Polizei auf Dauer nicht gut, auf eine eher schweigende Bevölkerungsmehrheit zu zeigen und zu sagen: Die stehen hinter uns und das ist gut so und gegenüber Störern und Straftätern müssen wir rigoros vorgehen. Nach den massiven Auseinandersetzungen im Dezember 2013 in Hamburg, als auch Polizisten sehr massiv angegriffen worden



BEGEGNUNGEN

sind, war nahezu die gesamte Stadt sehr auf Seiten der Polizei. Dieser Konsens bekam mit der Einrichtung eines großen Gefahrengebiets relativ schnell deutliche Brüche. Tenor: Die Polizei war Opfer übler Angriffe, das darf nicht sein. Aber das heißt ja nicht, dass die Polizei jetzt alles unternehmen kann, was ihr aus taktischen Gründen des Selbstschutzes sinnvoll erscheint, und 70.000 Menschen müssen sich als potenzielle Gefährder eingestuft sehen. Die Menschen wollen Sicherheit, die meisten wollen eine starke Polizei, die soll ihre Befugnisse haben, ihre Ressourcen – und sich durchsetzen können. Aber es gibt auch ein verbreitetes Gefühl für Verhältnismäßigkeit und große Aufmerksamkeit für negative Bilder. Auch Menschen, die Polizei gut finden, bekommen Angst, wenn sie fünf Wasserwerfer und tausend Kollegen in Schutzausrüstung aufgestellt oder in Aktion sehen. Die Polizei darf Einsicht und Fingerspitzengefühl bei solchen Themen

nicht verlieren, sonst verliert sie bei wichtigen Gruppen der Bevölkerung und fördert Solidarisierungseffekte.

DP: Andererseits sind wir eine sehr vielfältige Gesellschaft geworden mit vielen Menschen, die aus anderen Ländern stammen und ein völlig anderes Polizeibild mitbringen. Die sind oft konsterniert über die diskutierende, zivile, bürgernahe Polizei und können ihr auch gar nicht so richtig den Respekt erweisen.

Dr. Murck: Sicher gibt es viele Menschen mit Migrationshintergrund, die ein anderes Polizeibild und andere Erfahrungen haben. Das gilt ja auch und – gerade, was die Angst vor Verfolgung betrifft, – für die Nachrichtendienste anderer Staaten. Ob man daraus folgern sollte, solchen Erwartungen sei nachzukommen, bezweifle ich deutlich. Nehme ich unseren Schauplatz Hamburg, so gibt es ja nicht nur deutsche Autonome, – zumeist Studenten, die mal für ein paar Jahre freudig aus dem Ruder laufen, aber sich später wieder in

ein mehr oder weniger bürgerliches Leben einfinden, – die sich mit der Polizei anlegen. Bei denen würde ein pointiert rauer Kurs sowieso eher kontraproduktiv wirken. Aber es gibt auch Auseinandersetzungen mit Kids, die aus Migrantenkulturen kommen, und auch da bezweifele ich, ob eine Ansage nach dem Motto „denen sollte man mal zeigen, wo der Bartel den Most holt“ wirklich hilfreich ist. Auch um gegenüber solchen Gruppen, wir haben in der Hansestadt beispielsweise Kids mit Migrationshintergrund in antiimperialistischen Strukturen, erfolgreiche Polizeiarbeit machen zu können, muss man spezifische Kommunikationsstrategien entwickeln, die unnötige Verhärtungen vermeiden. Dass der Rechtsstaat manchmal nur durch Ausübung unmittelbaren Zwangs durchzusetzen ist, ist doch selbstverständlich. Diese einfache, aber für den Polizeiberuf grundlegende Tatsache muss man ja nicht als Monstranz vor sich hertragen.

Anzeige



Auch die tapfersten Beschützer brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe, Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen



DP: Den Autoritätsverlust beklagen die Kolleginnen und Kollegen auch im normalen polizeilichen Alltag, im ganz normalen Dienst. In der Ansprache von Verkehrssündern, egal, ob es sich um Migranten oder Deutschstämmige handelt. Sie sagen, wir werden zunehmend nicht mehr als Amtsträger akzeptiert, unabhängig von der Herkunft ihres Gegenübers.

Dr. Murck: Diese Diskussion über Normen- und Werteverfall und mangelnden Respekt gegenüber der Polizei haben wir in den 80er- und 90er-Jahren auch schon ziemlich intensiv geführt. Ob das jetzt im Alltag sehr viel ausgeprägter geworden ist, kann ich aus dem Stand nicht solide beurteilen, bin aber eher zurückhaltend. Insgesamt ist es wohl so, dass sich der Individualismus in der Gesellschaft verbreitet. Aber warum sollte man etwas dagegen haben, wenn sich Menschen mehr um ihre persönliche Entwicklung und ihre persönlichen Interessen kümmern? Zumal dies in Deutschland ja nicht mit einem kompletten Verlust an Gemeinwohlorientierung einhergeht, siehe Spendenbereitschaft, Ehrenämter und auch Wahlergebnisse.

Dass mehr Menschen entweder keine Einsicht, keinen Nerv oder keine Zeit mehr dafür haben, sich vom Schutzmann etwas sagen zu lassen, kann schon sein, aktuelle Daten dazu kenne ich aber nicht. Die Gesellschaft ist vermutlich insgesamt etwas gestresster und gereizter und etwas weniger willig, Außensteuerungen nachzukommen. Dem ist aber allein mit Lamentos kaum zu begegnen. Als Organisation, die mit solchen Menschen in vielen Situationen umgehen muss, muss sich die Polizei systematisch darauf einstellen. Sie muss wissen, welche Verhaltens- und Kommunikationstechniken angemessen und erfolgreich sind. Wir machen ja nicht von heute auf morgen aus einer etwas widerborstigen Gesellschaft, aus einer individualisierten Gesellschaft, in der von ganz unten bis ganz oben alle darauf achten, dass sie und ihre Anliegen wichtig sind und man ihnen möglichst nicht reinredet, eine folgsame und einsichtige Klientel. Es gibt keinen gesellschaftspolitischen Einfüllstutzen für Rechtstreue und Folgebereitschaft. Und das ist ja nicht nur negativ zu sehen.

DP: Liegt es daran, dass nur noch die Polizei dieser Meinung ist und die Poli-

tik im Allgemeinen, von konservativen Parteien über die grünen Auen bis in die Linke überhaupt nicht thematisiert, dass man in einer Gesellschaft auch eine gewisse Regeltreue an den Tag legen sollte?

Dr. Murck: Die Polizei steht in allen Aufgabenbereichen in der täglichen Auseinandersetzung mit den Menschen, ob und warum diese oder jene

halt Regeln vermitteln müssen, konterkarieren?

Dr. Murck: Man kann von Politikern ein Grundvermögen an vorbildlichem Verhalten erwarten, auch in solchen Fällen. Ich glaube aber nicht, dass das Weltbild der Polizei zusammenbrechen sollte, wenn sich ein sehr moralisch geprägter Politiker unkorrekt hinsetzt. Das sollte man



Ende August 1992: Polizisten schirmen in schwerer Ausrüstung und mit Schilden das damals geräumte und teilweise abgebrannte Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen ab. Über 1.000 meist jugendliche rechtsradikale Gewalttäter hatten vor dem Zentralen Asylbewerberheim Mecklenburg-Vorpommern mehrere Tage schwere Krawalle angezettelt.

Foto: Jens Kalaene/dpa

Norm gilt oder nicht. Gleichzeitig haben viele immer weniger Zeit, Lust oder auch Verstand, sich darüber vernünftig zu verständigen. Die Polizei steht in dieser Hinsicht also flächendeckend in einer größeren Beanspruchung als viele andere Berufe. Wer nur am PC sitzt oder Akten bearbeitet, der muss sich über niemanden ärgern, der ihm Widerworte gibt und dabei auch noch blöde grinst.

DP: Aber wenn sich sogar ausgewachsene Bundestagsvizepräsidenten nicht an die Regeln halten und die Polizei an einem Einsatz hindern, indem sie sich den Beamten vor die Füße setzen, sind das nicht Signale, die sämtliche Bemühungen der Polizei oder derer, die

in Ausmaß und Auswirkung nicht überschätzen, es war ja nicht die Bundeskanzlerin. Das Beispiel bringt mich aber auf einen anderen Zusammenhang. Wenn es bei uns insgesamt eine größere Bereitschaft vieler Leute gibt, auf die Regeln zu pfeifen und den persönlichen Vorteil zu suchen, würde ich eher auf den Fall Hoeneß verweisen und fragen, wie doll man es bei uns eigentlich treiben kann, ohne von seinem politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich statushöchsten Umfeld ernsthaft zur Rechenschaft gezogen zu werden. Generell könnte sich die Einschätzung, man könne in vielen gesellschaftlichen Bereichen Normen ohne Konsequenzen brechen, verbreitert haben. Und dann tun es natürlich



BEGEGNUNGEN

auch mehr Menschen. Eine einheitliche und verbindliche Vorstellung von dem, was erlaubt oder nicht erlaubt ist, gibt es schon längst nicht mehr, wenn überhaupt, aber der Pluralismus von Meinungen und Lebensformen ist in den letzten Jahrzehnten deutlich ausgeprägter geworden.

Für die Polizei besonders relevant ist aber die Situation im Bereich Strafverfolgung. Da ist schon vor 20 oder 30 Jahren sehr darüber geklagt worden, dass die Justiz nicht so schnell und nicht so energisch reagiert wie es moralisch und kriminologisch angemessen wäre. Daran hat sich wenig geändert, und das ist kein guter Befund für die Kriminalpolitik. Der Grundsatz, dass die Strafe der Straftat auf dem Fuße folgen sollte, dass also Regelverletzung und Sanktion in einem erlebbaren Zusammenhang stehen müssen, der verflüchtigt sich möglicherweise auch in anderen Rechtsbereichen.

DP: Andererseits erleben wir gerade einen Aufwuchs an neuen Normen, Antidiskriminierungsgesetze, eine sehr komplizierte Gender-Sprachregelung, wir gehen ans Sexualstrafrecht und wagen uns weit in den Bereich der moralischen Bewertung. Da entstehen doch sogar auf Gesetzesebene neue Regelwerke, die ja auch vermutlich gewünscht sind. Warum werden andere Regeln nicht beachtet?

Dr. Murck: Richtig, die klassischen Strafrechtsnormen werden erweitert, auch in anderen Rechtsbereichen wird teils mehr normiert, Hintergrund sind veränderte gesellschaftliche Bewertungen bestimmter Verhaltensweisen, insbesondere solcher mit diskriminierendem Charakter. Die sind allerdings nur in Teilen strafrechtlich relevant, oft geht es um zivil- oder verwaltungsrechtliche Normen wie in Auswahlverfahren. Die Grenzlinien zwischen political correctness und rechtlicher, insbesondere strafrechtlicher Relevanz

sind dabei nicht leicht zu ziehen. Das war aber früher auch schon so, nur die Themen haben sich verschoben. Ich erinnere an Abtreibungsverbot und Strafbarkeit von Homosexualität. Generell führen zu viele Regeln nicht nur zu viel Kontrolle und/oder überforderten Kontrolleuren (also auch der Polizei), sondern bewirken auch Gegenreaktionen: Die Reglementierten suchen sich Ventile. Das gilt zumal für Jugendliche – ein Beispiel wären die Inszenierungen von Ungehörigkeit bis hin zu Gewaltausbrüchen bei Fußballfans. Regeln sollten eben nicht nur an ihren abstrakten Zielsetzungen, sondern auch an ihren tatsächlichen Auswirkungen gemessen werden. Da bin ich ganz Soziologe.

DP: Hat der Verfassungsschutz eine Zukunft und wie sieht sie aus?

Dr. Murck: Es wird ihn weiter geben, so hat es die IMK ja beschlossen, und wir haben nicht erst seit dem NSU-

Anzeige



The advertisement features a hammer with a wooden handle and a metal head, positioned diagonally against a light blue background. The hammer's reflection is visible on a reflective surface below it. In the top right corner, the MRL logo is displayed, consisting of three overlapping blue circles and the letters 'MRL' in a bold, black, sans-serif font. Below the logo, the text 'Eine Lösung für tausend Kleinigkeiten.' is written in a smaller, black, sans-serif font.

MRL Mannesmannröhren Logistic. A member of HPI. | Am Rosenbaum 29 | D-40882 Ratingen
Telefon +49 (2102) 2071-0 | www.mrl.eu





Böse Bilder? Wasserwerfer in der Nähe der Sperranlagen rund um das G8-Tagungshotel in Heiligendamm im Juni 2007. Murck: „Auch Menschen, die Polizei gut finden, bekommen Angst, wenn sie fünf Wasserwerfer und tausend Kollegen in Schutzausrüstung aufgestellt oder in Aktion sehen.“
Foto: Jens Büttner/dpa

Debakel mit deutlichen Reformen begonnen. Da geht es um das Selbstverständnis, die Verbesserung des Informationsflusses innerhalb des Verfassungsschutzverbundes und die Kooperation mit anderen Behörden, insbesondere der Polizei. Es geht um Befugnisse und Kontrolle, um Personal und Ausbildung – also die ganze Palette von Organisation und Aufgaben wurde auf den Prüfstand gestellt. Vieles ist im Konsens zwischen Bund und Ländern verabschiedet worden, einiges steht noch aus, so das neue Verfassungsschutzgesetz des Bundes. Und einiges ist noch in der Diskussion. Für die Festlegung weiterer Entwicklungsoptionen des Verfassungsschutzes kann man sich übrigens auch an negativen Beispielen orientieren. Wollen wir uns an Diensten wie NSA und CIA orientieren – oder was ist aus deren Fehlverhalten zu lernen? Wir sollten also keine zu großen Einheiten schaffen, die dann möglicherweise eine Eigen Dynamik entwickeln, die weder parlamentarisch noch durch die Justiz wirklich kontrolliert werden kann. Wir sollten auch darauf achten, dass die Nachrichtendienste nicht in eine Dynamik geraten, die primär durch wirtschaftliche Interessen gefördert wird. Da geht es mittlerweile weniger um die klassische technische Ausrüstung des Verfassungsschutzes und insbesondere der Polizei. Sondern es geht mittlerweile vor allem um IuK-Technik, zum Beispiel um Auswertungssoftware für große Datenmengen. Der Verfassungsschutz rückt erkennbar stärker ins finanzielle Interessenfeld der entsprechenden

Wirtschaftszweige. Dabei entstehen neue Schnittstellen der Zusammenarbeit. Das Beispiel NSA belegt die Bedeutung der sogenannten Kontraktoren und damit das Aufwachsen kaum zu kontrollierender Einheiten mit nachrichtendienstlichen Aufträgen und Befugnissen. Das finde ich eine schwierige Entwicklung. Davon müssen wir uns als Verfassungsschutz in Deutschland negativ abgrenzen: Nicht zu groß werden, nicht alles wissen wollen, sondern immer auch Verhältnismäßigkeitsabwägungen und Kontrollmechanismen berücksichtigen. Die bereits nach 2001 aufgekommenen Zentralisierungsvorstellungen haben im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex allerdings neue Unterstützung gefunden. Mich hat das auch deshalb gewundert, weil ja nicht nur die Landesämter, sondern auch und gerade das BfV für viele Fehler bei den unzulänglichen Ermittlungen und Übermittlungen in den entsprechenden Fällen Verantwortung trägt. Schlussendlich kommt es aber sehr darauf an, ob die Landesregierungen sich nicht nur zur Existenz ihrer Verfassungsschutzbehörden bekennen, sondern sie auch leistungsfähig halten. Das haben die Innenminister vereinbart und daran sollte man sie messen. Der Verfassungsschutz muss da aufgestellt sein, wo die Bürger ihn brauchen und seine Arbeit nachvollziehen können. In Hamburg möchten zum Beispiel die Menschen, die eine dunkle Hautfarbe haben, die Migranten oder Minderheiten sind, wissen, dass der Verfassungsschutz die rechtsextremistische Szene aufklärt

und zur Verhinderung von Übergriffen beiträgt. Und auch Menschen, die in Hamburg im Schanzenviertel schöner wohnen oder investieren wollen, dürfen nicht schlicht zum Mobbingopfer von Linksextremisten werden, die bestimmte Stadtteile als ihren politischen Besitzstand verteidigen. Immer wichtiger wird für den Verfassungsschutz die Beobachtung islamistischer Bestrebungen, die sich gezielt gegen andere Menschen und Religionsgruppen ausländischer Herkunft richten. In Hamburg beispielsweise fühlen sich syrische Christen von militanten Salafisten bedroht, solche Konstellationen werden unser Lagebild künftig stärker prägen und da muss sich der Verfassungsschutz konkret und vor Ort beweisen. Der Verfassungsschutz sollte seine Informationserhebung und auch die Verwertung seiner Informationen also nicht nur auf die politischen Zentren beziehen. Selbstverständlich müssen wir auf die Sicherheit des demokratischen Rechtsstaates und seiner Institutionen achten und die Regierung über entsprechende Gefahren informieren. Mindestens ebenso wichtig ist aber der Schutz der Menschenrechte für die einzelnen Bürger und sozialen Gruppen, das heißt zum Beispiel die Freiheit der Religionsausübung. Wir können und müssen unsere Arbeit dabei sehr bürgernah ausrichten. So haben wir in Hamburg jedes Jahr ungefähr 500 Anfragen bezüglich Scientology. Bürger rufen uns an, weil sie in der einen oder anderen Sache besorgt sind. Und dann können wir oft entwarnen oder aber konstruktiv beraten – praktische Lebenshilfe auf Ba-





Ein echter Paulianer: Hamburgs Innenminister Michael Neumann (l.) mit einem besonderen Geschenk bei der offiziellen Verabschiedung des ehemaligen Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Manfred Murck. Foto: privat

sis unserer Erkenntnisse. Diese Präventionsangebote haben oder entwickeln wir in den verschiedensten Beobachtungsbereichen, so sind wir seit vielen Jahren aktiver Partner im „Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus“ und haben eine vergleichbare Struktur für die Prävention salafistischer Bestrebungen initiiert. Unser Angebot im Wirtschaftsschutz kann sich ebenso sehen lassen. Es klingt vielleicht etwas lyrisch, aber ich sehe in einem auf die Gewährleistung der Menschenrechte ausgerichteten Verfassungsschutz, der sich als Informationsdienstleister nicht nur für andere Behörden, sondern auch für die Bürger und gesellschaftlichen Gruppen versteht, eine wichtige Option zur Gestaltung unserer Demokratie im Rahmen neuer gesellschaftlicher Herausforderungen. Dies ist eher eine Option für die Landesämter als für das Bundesamt für Verfassungsschutz, aber sie verweist damit auch auf die Möglichkeiten effektiver Arbeitsteilung.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.



JUNGE-GRUPPE-Chef Kevin Komolka über Erwartungen, Verantwortung und Zukunft

Rund sechs Monate ist Kevin Komolka als Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE (GdP) im Amt: Zeit für eine erste Bilanz. Der 26-jährige Niedersachse äußert sich im Gespräch mit DEUTSCHE POLIZEI über erste Erfahrungen in der Vorstandsarbeit auf Bundesebene, sich zukünftig verändernde polizeiliche Aufgabenfelder und Tätigkeiten sowie die negativen Folgen der Föderalismusreform.

DEUTSCHE POLIZEI: Seit deiner Wahl im April ist beinahe ein halbes Jahr vergangen. Wie hast du diese Zeit erlebt?

Kevin Komolka: Nach den vielen positiven Eindrücke der Bundesjugendkonferenz und den zahlreichen Glückwünschen war ich zuerst einmal sehr froh darüber, dass es uns bereits Anfang Mai gelungen ist, mit allen Mitgliedern des neuen Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes eine dreitägige Klausurtagung zu veranstalten und das neue Team erstmalig zusammenzuführen. Dass ich kurz darauf das erste Mal an einer Sitzung des GdP-Bundesvorstandes und des Bundesjugendausschusses der DGB-Jugend teilnehmen durfte, waren für mich ebenfalls zwei ganz besondere Erlebnisse. Das gilt gleichermaßen für meinen Besuch in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, im Zuge dessen ich mich auch persönlich den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorstellen konnte. Zudem erlebe ich innerhalb des Bundesjugendvorstandes eine hohe Bereitschaft zur Mitarbeit und Beteiligung, die mich in vielerlei Hinsicht sehr positiv stimmt, aber insbesondere sehr zuversichtlich werden lässt, was den Verlauf des bevorstehenden Bundeskongresses betrifft. Zusammenfassend stelle ich fest, dass es mir mit dem Rückhalt meiner Familie und dem Wissen, eine große Unterstützung im Hauptamt zu besitzen, gelungen ist, schnell in das Amt des Bundesjugendvorsitzenden hineinzufinden und freue mich auf die bevorstehenden Aufgaben und Herausforderungen.

DP: Das Motto der 14. Bundesjugendkonferenz lautete „Wir sind unsere Zu-

kunft!“ Was wird uns in der Zukunft erwarten?

Komolka: Ohne in die Glaskugel zu blicken, lässt sich bereits heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit behaupten, dass unsere Gesellschaft kleiner, älter und bunter werden wird und sich die Aufgaben und Tätigkeitsfelder sowohl für Polizei als auch für die Gewerkschaft der Polizei verschieben und verändern werden.

Nicht nur die sinkende Anzahl an Erwerbspersonen und ein stärker werdender Konkurrenzkampf zwischen dem öffentlichen Dienst, Hochschulen und der „freien Wirtschaft“ wird es der Polizei zunehmend schwieriger machen, junge Menschen vom Polizeiberuf zu überzeugen, sondern auch der bereits untereinander stattfindende Wettbewerb um die besten Köpfe wird dazu führen, dass sich viele Anwärterinnen und Anwärter letztlich für das Bundesland mit den besten Rahmenbedingungen oder den aussichtreichsten beruflichen Perspektiven entscheiden werden.

Zudem werden wir im Zuge demographischer Veränderung zukünftig vermehrt und wahrscheinlich auch mit sehr viel Engagement und Aufwand dafür Sorge tragen müssen, dass die erforderliche Anzahl an jährlichen Neueinstellungen nicht zu einem reinen Anspruchsdenken verkommt. Das bedeutet aber auch, dass Einstellungszahlen nicht am Kriterium der Haushaltslage festzulegen sind, sondern am Bedarf zum Erhalt der inneren Sicherheit festgemacht werden müssen.

Aber auch in den eigenen Reihen müssen wir bereit sein, den Fokus stärker auf die Jugend und den gewerkschaftlichen Nach-





wuchs zu legen. Denn nur, wenn wir es schaffen, eine moderne und vorausschauende Gewerkschaft der Polizei zu sein, können wir langfristig dazu beitragen, eine zukunftsfähige Polizei zu erhalten. Um die Frage an dieser Stelle abzuschließend zu beantworten, zitiere ich Willy Brandt: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

DP: Die 14. Bundesjugendkonferenz hat unter dem Konferenzmotto eine Resolution mit einem weitreichenden Forderungskatalog beschlossen. Unter anderem wird die Abkehr von der 2006 beschlossenen Föderalismusreform gefordert. Warum?

Komolka: Wie ich bereits in der letzten Frage kurz angedeutet habe, geht es im Wesentlichen darum, die unterschiedlichen Bedingungen zwischen den Bundesländern zu vereinheitlichen und gerechter zu gestalten, ohne dabei jemanden schlechter zu stellen. Nur, weil sich Polizeiarbeit in der Verantwortung der Länder befindet, bedeutet dies nicht, dass sich ihre Aufgabenprofile großartig voneinander unterscheiden. Kriminalitätsbekämpfung findet überall statt und grenzübergreifende Zusammenarbeit ist schon lange keine Seltenheit mehr. Warum also wird zum Beispiel in Hessen eine Körpergröße von 160 Zentimetern als Vorgabe für die Einstellung angesetzt, obwohl ein Bewerber in Niedersachsen mindestens 168 Zentimeter groß sein muss. Hinzu kommen die teilweise eklatanten Unterschiede innerhalb der Versorgung und Besoldung, die für mich schon lange nicht mehr durch Haushaltslagen und Schuldenbremse zu rechtfertigen sind. Damit habe ich aber nur eines der Resolutionsthemen angerissen. Fest steht, dass wir gut beraten sind, dem wilden Treiben zeitnah ein Ende zu setzen und wieder ein einheitliches Berufsbild Polizei erhalten.

DP: Der 25. Bundeskongress steht bevor. Was bedeutet das für dich und die JUNGE GRUPPE (GdP)?

Komolka: Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat ein umfangreiches Antragspaket zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaft der Polizei zum Bundeskongress eingereicht. Der Bundeskongress bietet uns die Möglichkeit, mitzubestimmen und zukunftsweisende Entscheidungen für die gesamte Organisation herbeizuführen. Insbesondere die Stärkung der

Nachwuchsorganisation durch das Hauptamt auf Bundesebene ist für uns von hoher Wichtigkeit. Es gibt inzwischen eine Vielzahl an Aufgaben, die nicht mehr allein aus dem Ehrenamt heraus bewältigt werden können und zwingend eine zusätzliche hauptamtliche Unterstützung

noch etwas stärker werden und noch mehr Verantwortung übernehmen. Dazu gehört es dann auch, anfallende Arbeiten auf mehrere Schultern zu verteilen und junge Menschen zum Mitmachen zu bewegen und zwar so, dass sie sich aktiv in die Entscheidungsprozesse und Meinungs-

Kevin Komolka bei seiner Grundsatzrede auf der 14. Bundesjugendkonferenz Anfang April in Potsdam.

Foto: GdP/Immel



benötigen. Durch sie würden wir eine noch bessere Möglichkeit erhalten, das Wissen und die Erfahrungen der JUNGEN GRUPPE (GdP) auf Landes- und Bezirksebene an zentraler Stelle zu bündeln und gemeinsam zu nutzen.

DP: Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist die Nachwuchsorganisation der Gewerkschaft der Polizei. Was dürfen wir in den kommenden Jahren von ihr erwarten?

Komolka: Jugend- und Nachwuchsorganisationen sind in der heutigen Zeit und für die Zukunftsfähigkeit moderner Organisationen unverzichtbar. Sie sind wegweisend und meines Erachtens müssen sie noch stärker in die politischen Prozesse der Gesamtorganisation integriert werden. Die JUNGE GRUPPE (GdP) wird politisch

findung der JUNGEN GRUPPE (GdP) mit einbringen oder sich an der Umsetzung von Entscheidungen beteiligen. Mein Ziel ist es, in den kommenden vier Jahren für etwas frischen Wind in unserer Organisation zu sorgen und Themen, die uns bewegen, erfolgreich umzusetzen. Sollte es uns darüber hinaus gelingen, auch aus den eigenen Reihen mehr junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in die verschiedenen Funktionen der „Mutterorganisation“ zu integrieren, wäre das sicherlich ein gutes Resultat.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview für DP führte Torsten Rohde.



Seniorengruppe bietet Service für Jung und Alt

Wann erscheint endlich das APS 2.0? Aktiv Programm für Senioren? Nein, Aktiv Programm für Jung und Alt! Diese Fragen, die in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder auftraten, möchten wir nunmehr gern beantworten. Ursprünglich war angedacht, das neue Werk schon auf der Bundessenienorenkonferenz im März vorzustellen. Leider konnte dieser Termin aus vielerlei Gründen nicht gehalten werden.

Nun aber zum Werdegang. Im September 2012 empfahl der Bundesseiniorenvorstand dem Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) die Fortschreibung des APS (Aktiv Programm Senioren). Der GBV beschloss, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die eine



Klaus-Peter Leiste Foto: GdP/Immel

Fortschreibung des APS erarbeiten sollte. Die Arbeitsgruppe, mit den Kollegen Anton Wiemers (NW), Harald Dobrindt (HE), Erwin Jark (NI), Werner Fischer (BW), Frank Poster (SH), Lutz Schröder (SN), Klaus-Peter Leiste (HH) sowie Torsten Rohde und Horst Müller aus der Bundesgeschäftsstelle entwarfen ein Konzept, wie das neue APS 2.0 inhaltlich aussehen könnte. Diskutiert wurde darüber, was in den Ordner für die Multiplikatoren sollte und auf welche Unterlagen man verzichten kann. Einig war man sich schnell, dass das fortgeschriebene Programm den neuen Namen „APS 2.0“ erhalten soll.



Alle Unterlagen sollen zunächst analog erstellt werden und später dann auch im Mitgliederbereich auf dem Webserver der GdP zur Verfügung stehen und dort auch für die Multiplikatoren abrufbar sein.

Es wurde vereinbart, dass Mitglieder der Arbeitsgruppe die für die Fortentwicklung nötigen Unterlagen zur Verfügung stellen. Dies erfolgte allerdings äußerst schleppend. So mussten viele Unterlagen auf andere Weise beschafft werden, was zur Folge hatte, dass die selbst gesetzten Termine nicht gehalten werden konnten. Alle Unterlagen mussten gesichtet, bewertet und anhand des Inhaltsverzeichnisses thematisch zugeordnet werden. Teilweise waren und sind noch die Autorenrechte zu klären. Das neue APS 2.0 konnte daher, nicht wie ursprünglich geplant, auf der Bundessenienorenkonferenz im Frühjahr vorgestellt werden.

Ende Mai empfahl der Bundesseiniorenvorstand dem GBV, dass die Arbeitsgruppe mit den Bundessenienorenvorstandsmitgliedern Dobrindt, Fischer, Jark, Poster, Leiste, Klaus

Kulick (BE) sowie Müller von der Bundesgeschäftsstelle, zu einer reaktionellen Überarbeitung des Materials Ende Juli in Berlin tagen sollte. Das abschließende Inhaltsverzeichnis wurde erstellt und die Zuordnung der Materialien festgeschrieben.

In den Landesbezirken soll der Ordner APS 2.0 noch mit den landesspezifischen Themen ergänzt werden. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren sich einig, dass der Ordner eine gute Grundlage für die Tätigkeit der APS-Moderatoren vor Ort sein wird.

Für die Teilnehmer der APS-Seminare soll es in Broschürenform eine Essenz des Ordnerinhalts geben. Dabei wurden die Themen Vorbereitung auf den Ruhestand und Vorsorge (einschließlich Ratgeber für Hinterbliebene) favorisiert.

Selbstgesetztes Ziel ist es, im Frühjahr 2015 die fertiggestellten Ordner den Landesbezirke/Bezirken für ihre Multiplikatoren zur Verfügung zu stellen. Begleitend soll es Schulungen geben. Der Geschäftsführende Bundesseiniorenvorstand bedankt sich bei allen Beteiligten für die Unterstützung und für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit.

Klaus-Peter Leiste,
Stellv. Bundessenienorenvorsitzender

Gemeinsam in die Zukunft! – Auftaktveranstaltung zum 11. Deutschen Seniorentag

Mit dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ möchte der Deutsche Seniorentag ein Zeichen setzen für mehr Gemeinschaft und Miteinander. Das Motto versteht sich als Aufruf zu konstruktivem Handeln in Gesellschaft und Politik. Und es fordert alle auf, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen; für eine lebenswerte Zukunft. An drei Tagen wird es etwa 100 Einzelveranstaltungen zum Zuhören, Mitdiskutieren und Mitmachen geben.

Auf der begleitenden Messe Sen-Nova erwarten die Besucherinnen und Besucher interessante Parcours, kostenfreie Gesundheitstests, ein vielfältiges Bühnenprogramm sowie fachliche Beratung. Bundesweite und regionale Aussteller informieren über Produkte und Dienstleistungen, die den Ansprüchen einer älter werdenden Kundenschaft gerecht werden. Verbände und Vereine laden ebenfalls dazu ein, ihre Angebote kennenzulernen und miteinander ins Gespräch zu kommen

Ein Jahr vor dem Großereignis informierte nunmehr die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), die die Deutschen Seniorentage gemeinsam mit ihren über 110 Mitgliedsverbänden veranstaltet, über Planungsstand und Beteiligungsmöglichkeiten. Der Einladung von Oberbürgermeister Peter Feldmann für Anfang Juli in den Frankfurter Römer folgten etwa 200 Vertreterinnen und Vertreter von Seniorenverbänden, Vereinen und Organisationen, so auch die Seniorengruppe (Bund) der GdP, angeführt durch den Vorsitzenden Winfried Wahlig mit Vertreter Bernd Kohl und Gewerkschafts-

sekretär des GdP-Bundesvorstands, Horst Müller.

Vom 11. Deutschen Seniorentag wird die Botschaft ausgehen: „Nehmen Sie, die Senioren und Seniorinnen von heute, aber auch die Seniorinnen und Senioren von morgen und übermorgen, ihr Älterwerden selbst in die Hand! Es gibt viele Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzubringen, sich zu engagieren, – aber auch für das eigene Älterwerden vorzusorgen. Gemeinsam werden wir es schaffen,

die Herausforderungen der Zukunft zu meistern“, so die Vorsitzende der BAGSO, die Alterswissenschaftlerin und ehemalige Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr.

Die Deutschen Seniorentage finden alle drei Jahre jeweils an einem ande-



v. l. n. r.: Horst Müller, Winfried Wahlig, Hannelore Rönsch (ehemals Bundesministerin für Familie und Senioren, heute DRK-Präsidentin Hessen), Prof. Dr. Ursula Lehr (ehemals Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, heute Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)), Bernd Kohl
Foto: BAGSO

ren Ort statt. Sie bieten nicht nur etwas für diejenigen, die sich haupt- und ehrenamtlich in der Seniorenarbeit engagieren, sondern für alle, die sich mit Fragen der gesundheitlichen Vorsorge, des Wohnens im Alter oder der Pflege von Angehörigen auseinandersetzen. Im Vordergrund stehen Information, Unterhaltung und Begegnung. Die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei wird sich dort mit einem eigenen Stand präsentieren.

Bernd Kohl





Organisierte Kriminalität: Menschenhandel

Fakt ist, die so schmutzigen wie lukrativen Geschäfte mit der Ware Frau und Kind halten weltweit unvermindert an. Deutschland ist daran in hohem Maße beteiligt und bietet als Zielland und Land der Ausbeutung „beste“ Rahmenbedingungen für die Zuführung von Frauen und Kindern in die Zwangsprostitution, für die skrupellosen Geschäfte von Menschenhändlern, Zuhältern und verbrecherischer Organisationen. Die Rotlichtmilieus gelten als Einfallstore der Organisierten Kriminalität. Frauenhandel und Zwangsprostitution sind Basisdelikte und „unverzichtbares“ Standbein dieser kriminellen Organisationen. Manfred Paulus beleuchtet die Situation in den Rekrutierungsländern, die Anwerbungs- und Schleusungsmethoden sowie die Ausbeutung der Sexsklav(inn)en in den bundesdeutschen Rotlichtmilieus anhand kriminalistischer Erfahrung. Er zerstört Illusionen, bringt die Ambivalenz und Scheinheiligkeit ans Licht und entlarvt „Gutmenschen“ als Gehilfen des Verbrechens.

Paulus ist Kriminalhauptkommissar a.D. mit langjährigen Erfahrungen im Bereich der Rotlichtkriminalität, des Frauen- und Kinderhandels und der Pädokriminalität. Er war er auch international in Thailand, Weißrussland und Südosteuropa tätig.

Organisierte Kriminalität Menschenhandel, Tatort Deutschland: Frauenhandel, Kinderhandel, Zwangsprostitution, Organhandel, Handel von Arbeitskräften, Manfred Paulus, Klemm+Oelschläger, 1. Auflage 2014, 160 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-86281-070-3



Nr. 10 • 63. Jahrgang 2014 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014



Druckauflage dieser Ausgabe:
177.302 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Fotos (3) ddp:
Lennart Preiss/
Johannes Eisele

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



POLIZEIKALENDER 2015



Polizeikalendar 2015

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Bewährtes „Verkehrs-ABC“

Format DIN A6 **4,50 €**

Polizeiterminer 2015

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Schichtdienst- und 24-Stunden-Planer
- Strapazierfähige Fadenheftung
- Matte, samtweiche Oberfläche

Format 17 x 23 cm **4,20 €**

Cartoon-Wandkalender Polizei 2015

Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm mit zwölf großformatigen Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen.

- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ein tolles Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Format 40 x 50,4 cm **10,90 €**



Im Paket zum Sonderpreis!

Paket 1

Polizeiterminer, Polizeikalendar und Wandkalender 2015.

17,50 €

Paket 2

Polizeiterminer und Polizeikalendar 2015.

7,50 €

Tip: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Tel. 0211 7104-212 · Fax 0211 7104-270 · vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de



Perfektion für Ihren Einsatz!



LED LENSER® TT

- High End Power LED
- Advanced Focus System (AFS)
Homogener Lichtkreis (defokussiert)
Scharf gebündeltes Fernlicht (fokussiert)
- Turning Focus
- Frozen Black Coating
- Ergonomischer Design Schalter „Design Switch“
- Rollschutz „Roll Protection“
- Dynamic Switch (Power/Low Power)
- IPX 4

Art.Nr.: 9804

ERHÄLTlich IM VIERTEN QUARTAL 2014!

NEU